Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 220 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,50 außer Postgeld.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe
Freitag, 9. Mai

Anzeigenpreis: Hiesige Inserenten je Zeile 30 Pfg., auswärtige je Zeile 40 Pfg. — Reklamezeile 1.25 Mk. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Brockdorff wünscht Wilson zu sprechen

Die ersten Instruktionen in Versailles

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

§§ Versailles, 9. Mai.

Graf Brockdorff-Rantzau hat im Laufe des Donnerstages die ersten Instruktionen der Reichsregierung erhalten. Die Deputation trat daraufhin zur Beratung und zur Ausarbeitung der ersten Antwortnote an die Entente zusammen. Der Zeitpunkt für die Ueberreichung der Note ist noch nicht festgestellt. Es wird erklärt, daß die deutsche Delegation einen Gegenvertrag ausarbeiten will, dessen Ueberreichung innerhalb der vorgeschriebenen Frist erfolgen wird. Außerdem fordert Graf Brockdorff-Rantzau eine persönliche Gegenüberstellung mit Wilson, das heißt, neben der schriftlichen auch eine mündliche Verhandlungsweise.

*

Berlin, 9. Mai.

Ueber die Haltung der Parteien gegenüber den Friedensbedingungen der Entente sagt der „Lokalanzeiger": Die Erregung sämtlicher Parteien spiegelte sich auch in der gestrigen Sitzung des Friedensausschusses wieder und man hatte sofort den Eindruck, daß die übermittelten Bedingungen in der vorliegenden Form unannehmbar sind.

Im „Berl. Tagebl." schreibt Ludwig Haas-Karlsruhe: Wir können uns nicht denken, daß der Präsident eines großen ehrenhaften Volkes so mit seinem Ruf und dem Ansehen seiner Nation spielt, noch glauben wir, daß er bei den weiteren Verhandlungen auch für das Recht Deutschlands und damit für seine eigene Ehre eintritt.

In der „Deutschen Allgem. Ztg." wird ausgeführt, daß Ministerpräsident Hirsch den von der Entente uns angebotenen Frieden als ausgesprochenen Machtfrieden und verhüllte Sklaverei bezeichnet habe. Er werde auch vom Rechtsstandpunkt aus nicht anders zu charakterisieren sein. Je härter der Druck auf uns lastet, desto stärker werde der Gegendruck sein.

*

Aus dem Trianonpalast

Versailles, 9. Mai.

Zu der geschichtlichen Sitzung im Trianon-Palace-Hotel seien noch die folgenden Einzelheiten nachgetragen: Der lichtdurchflutete Speisesaal des Trianon-Hotels bot beim Eintritt der deutschen Delegierten, die auf ausdrücklichen Wunsch des Grafen Rantzau erst fünf Minuten vor drei, als alle anderen Kongreßteilnehmer versammelt waren, telephonisch um ihr Erscheinen ersucht wurden, den Anblick eines zu einer rein geschäftlichen Sitzung hergerichteten Versammlungsraums. Es war Clemenceaus Absicht, durch die starke Betonung der deutschen Schuld am Kriege den deutschen Delegierten die Rolle von Angeklagten aufzuzwingen, die vor ihren Richtern stehen. Durch die ausführliche Antwort des Grafen Brockdorff-Rantzau ist diese Absicht vereitelt worden. Die Feinde Deutschlands haben aus deutschem Munde zum ersten Mal gehört, daß wir nicht gesonnen sind, das Bekenntnis der alleinigen Schuld am Weltkrieg abzulegen und aus welchen Gründen. Mit eisiger Ruhe wurden die laut und langsam verlesenen Erklärungen des Grafen Brockdorff-Rantzau angehört, und vergebens suchte man in irgendeinem der verschlossenen Diplomatengesichter die Wirkung zu lesen, die diese Erklärungen hervorriefen. Nach der Rede des Grafen Brockdorff-Rantzau verließen die deutschen Delegierten nebst den Vertretern der Presse den Saal. Clemenceau bat mit leiser Stimme die übrigen Versammelten, noch zu bleiben, und erst eine halbe Stunde später verließen die ersten Autos den Garten des Trianon-Hotels. Vor den Absperrungen harrten ihrer große Menschenmengen auf den Trottoirs der Avenue de la Reine und bejubelten jeden einzelnen Wagen mit mehr oder minder begeisterten Beifallsrufen, am lautesten Clemenceau, Wilson und Lloyd George. — Aus der Rede Clemenceaus geht hervor, daß über alle Kapitel des Vertrages Fragen und Bemerkungen innerhalb vierzehn Tagen entgegengenommen werden. Es sind also nicht, wie die französische Presse behauptet, Territorialfragen von der allein erlaubten schriftlichen Diskussion ausgeschlossen.

Kronprinz Wilhelm und Ludendorff

Vor einiger Zeit erschienen Interviews mit dem Kronprinzen Wilhelm, nach denen dieser sich kritisch über die deutsche Heeresleitung geäußert und besonders auch einen Gegensatz zu General Ludendorff zum Ausdruck gebracht haben sollte. Das letzte derartige Interview, mit einem dänischen Berichterstatter, hatte in dieser Richtung eine besonders starke Wirkung. Wir haben damals sofort darauf hingewiesen, daß die Behauptungen des dänischen Blattes völlig unglaubwürdig seien.

Auf Umwegen wird jetzt bekannt, daß Kronprinz Wilhelm alsbald nach dem Erscheinen dieser Interviews einen Brief an den General Ludendorff gerichtet hat, der noch deutlicher als ein förmliches Dementi beweist, daß es sich um einen groben Schwindel des Berichterstatters handelte. Der vom 9. April aus Wieringen datierte Brief des Kronprinzen beginnt mit den Worten: „Ihr freundlicher Brief war mir eine große Freude." Weiter schreibt der Kronprinz, es komme ihm besonders darauf an, dem General Ludendorff eine besondere Erklärung über verschiedene Interviews zu geben, nach denen er eine abfällige Kritik an der Obersten Heeresleitung geübt haben sollte. Diese Interviews seien großenteils überhaupt nicht erfolgt, teils habe der betreffende Berichterstatter ihn falsch verstanden, teils das Gegenteil von dem behauptet, was er wirklich gesagt habe. Die Behauptung des letzten Interviews, nach der der Kronprinz geäußert haben sollte, er sei mit der Obersten Heeresleitung in den letzten Kriegsmonaten in manchen Punkten nicht einverstanden gewesen und der deutsche Generalstab habe nichts getaugt, fertigt er mit dem kräftigen Dementi ab: „Solch ein Unsinn!" Unterzeichnet ist dieser Brief des Kronprinzen Wilhelm an Ludendorff: „Mit den allerherzlichsten Grüßen stets Ihr getreuer . . ." Die ganze Tonart des Briefes zeigt also aufs deutlichste, daß alle Versuche, den Kronprinzen in einen Gegensatz zur Obersten Heeresleitung, besonders zu Ludendorff, zu bringen, auf absolutem Schwindel beruhen.

Das erfährt nun die deutsche Oeffentlichkeit wegen der Zurückhaltung der nächstbeteiligten Stellen erst nach reichlich vier Wochen und, wie schon oben bemerkt, auf Umwegen. Diese Zurückhaltung kann man persönlich gewiß verstehen, sachlich finden wir sie unrichtig und bedauerlich.

Die zu erwartende Auswanderung

Es sind Gerüchte im Umlauf, die eine zu erwartende außerordentlich starke Auswanderung aus Deutschland in das Ausland ankündigen. Danach sollte man mit einer Abwanderung von weit über 10 Millionen deutscher Staatsbürger in den nächsten Jahren zu rechnen haben. Wie wir hören, sind derartige Gerüchte völlig haltlos und entbehren jeder Grundlage. An den maßgebenden Stellen wird mit einer Auswanderung von 2 Millionen Arbeitsfähiger gerechnet. Wenn man hierzu die Familienangehörigen hinzuzählt, so würde man im ganzen auf 6 Millionen Köpfe kommen, welche Zahl voraussichtlich innerhalb der nächsten 10 Jahre für die Abwanderung aus Deutschland in Frage käme.

Sofortige Freilassung unserer Gefangenen?

Wie der „Lok.-Anzeiger" erfährt, ist an die Alliierten eine Note abgegangen, in der verlangt wird, daß die deutschen Kriegsgefangenen, da nunmehr die Friedensverhandlungen begonnen haben, sofort freigelassen werden. Der Friedensvertrag sieht vor, daß die Gefangenen erst nach der Ratifizierung freigelassen werden.

Vor neuen Braunkohlenstreiks?

* Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, besteht unter den Arbeitern der meisten Werke des Mitteldeutschen Syndikats keine Neigung, in einen neuen Streik, zu dem fortwährend gehetzt wird, zu treten. Nur einige radikale Gruben des Zeitz-Weißenfelser Gebietes sind auf einen Streik eingestellt, doch ist nach durchaus glaubwürdiger Quelle anzunehmen, daß ein dort ausbrechender Streik sich örtlich beschränken würde. Die Betriebsräte einzelner Gruben haben bei den Werkleitungen angefragt, wie sich die Verwaltung einer Arbeitseinstellung gegenüber verhalten würde und ob die Streiktage, falls Betriebsmittel zur Weiterarbeit vorhanden seien, bezahlt würden. Die Verwaltungen haben darauf geantwortet, daß solange an eine Aussperrung, selbst bei lokalen Streiks auf anderen Gruben, nicht zu rechnen sei, solange Betriebsmittel zur Weiterarbeit vorhanden sind. — Die Produktion der Werke scheint sich in den letzten Tagen dauernd in langsam steigender Kurve zu bewegen.

Die Zukunft unserer Kolonien

Paris, 7. Mai.

Der Dreierrat beschloß, über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen: Bezüglich der Zukunft von Togoland und Kamerun werden Frankreich und Großbritannien dem Völkerbund gemeinsame Vorschläge machen. Was die anderen Kolonien betrifft, so werden die Mandate folgendermaßen verteilt werden: Deutsch-Ostafrika fällt an Großbritannien, Südwest-Afrika an die Südafrikanische Union. Die deutschen Samoainseln fallen an Neuseeland, die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean südlich des Aequators an Australien, mit Ausnahme von Nauru, für welch letzteres Großbritannien ein Mandat erhält. Die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Aequators fallen an Japan.

Der Ostschutz

Berlin, 7. Mai.

In einzelnen Orten des Reiches ist das Gerücht verbreitet worden, die Gewerkschaften seien gegen eine Verwendung des Ostschutzes außerhalb der Reichsgrenzen. Das Gerücht beruht auf einer böswilligen Erfindung, die den Zweck hat, Freiwillige vom Eintritt in die Truppe abzuhalten. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und die Gewerkschaften haben sich mit der Frage der Aufstellung und Verwendung des Ostschutzes überhaupt niemals beschäftigt.

Der Standpunkt der Regierung

Ueber die Stellung der Regierung zu dem angeblichen Wilson-Frieden, der sich als unverfälschter Clemenceau-Frieden entpuppt hat, schreibt uns unser Berliner k-Mitarbeiter auf Grund von Erkundigungen an zuständiger Stelle:

Es ist selbstverständlich, daß die deutsche Regierung den uns vorgeschlagenen angeblichen Wilson-Frieden, der ein Seitenstück nur noch in dem Tilsiter Frieden hat, und dessen wirtschaftliche und militärische Bedingungen eigentlich nur in den Maßnahmen der Römer gegen die Karthager ein Gegenstück finden, als unannehmbar und unerfüllbar betrachtet. Liefern diese Friedensbedingungen doch allein 2½ Millionen Deutsche an die Polen aus, und mit dem Verlust, den wir an die Litauer, Dänen, Tschechen, Franzosen und Belgier erleiden sollen, würde das einen Gesamtverlust von mehr als fünf Millionen Staatsbürgern bedeuten! Und alles dies nicht auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, sondern ganz überwiegend gegen dies feierlich verkündete Recht. Es ist bei diesem Diktatfrieden schlimmster Sorte unschwer zu erkennen, wer ihn diktiert hat, nämlich bei dem Raub an Land und Bodenschätzen die Staatsmänner Frankreichs, bei den strangulierenden wirtschaftlichen Maßnahmen diejenigen Englands, das auf diesem Wege die wirtschaftliche Konkurrenz Deutschlands für immer beseitigen will.

Wir betonten schon, daß die Ansicht der Regierung dahin geht, daß dieser Vertrag unerträglich und unerfüllbar a limine ist, und auf diesem Standpunkt hat sich auch der Ausschuß der Nationalversammlung gestellt, in dem alle Parteien, sogar mit Einschluß der Unabhängigen (in erfreulichem Gegensatz zu deren Haltung in der preußischen Landesversammlung) der Erklärung des Reichsministerpräsidenten Scheidemann zustimmten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß auch die deutsche Nationalversammlung, die am 12. Mai in Berlin zusammentritt, sich zu der gleichen Anschauung bekennen wird. Und in der Tat tut uns, die wir allein stehen, nichts so not als Einmütigkeit, falls wir in dieser unsagbar schweren Lage wenn auch nicht zu gutem, so doch wenn möglich noch zu einem erträglichen Ende kommen wollen.

Die Stellungnahme der Regierung ist angesichts ihrer vorher gekennzeichneten Auffassung klar. Die Formel „Ja oder Nein" will sie sich noch immer nicht zu eigen machen, sondern sie will zunächst den Versuch machen, ob etwas durch Verhandeln zu erreichen ist. Sie muß deshalb zunächst die Probe auf das Exempel machen, ob ein solches Verhandeln überhaupt herbeizuführen ist, wozu ja die Aufforderung Clemenceaus zu einer schriftlichen Gegenerklärung eine wenn auch nur schwache Handhabe gibt. Das Reichskabinett hat am Donnerstag in vielstündiger Sitzung darüber verhandelt und die Instruktionen für unsere Delegation in Versailles beschlossen, wobei man sich einstimmig auf die Richtlinien festlegte, die der Ministerpräsident Scheidemann im Ausschuß der Nationalversammlung mitteilte, wonach innerhalb der vorgesehenen Frist Gegenvorschläge (die zum Teil bereits formuliert sind) gemacht und um die Anbahnung einer mündlichen Aussprache ersucht werden wird. Bei diesen Vorschlägen wird von der Methode des Abhandelns abgesehen, sondern es werden vielmehr ganz neue Gegenvorschläge gemacht werden, und zwar auf Grund der 14 Punkte Wilsons, auf die unsere Gegner sich ja ebenso festgelegt haben wie wir, und die für uns, entsprechend der beim Abschluß des Waffenstillstandes gegebenen feierlichen Zusage, die unverrückbare Grundlage des abzuschließenden Friedens bilden müssen.

Wir wissen, welch einen schweren Standpunkt wir hierbei angesichts der in der Absicht, uns zu vernichten, anscheinend einmütigen Gegner haben werden, aber sollten unsere haßerfüllten Feinde zum Schluß, wenn sie schon das Wort Menschlichkeit aus ihrem Sprachschatz streichen, nicht doch der Erwägung der Vernunft zugänglich sein, daß ein Volk von der Größe, der Vitalität und der Kultur, wie es das deutsche ist, immer ein Faktor bleiben wird, mit dem die Welt rechnen muß, und sollte hierin für die Alliierten nicht eine Mahnung für die Zukunft liegen?! Freilich ist hierzu erforderlich, daß das deutsche Volk sich einig und entschlossen zeigt, wie es in dem Mahnruf des Reichspräsidenten zum flammenden Ausdruck kommt.

Was geschehen wird, wenn die Alliierten unsere Gegenvorschläge ablehnen, ob dann sofort die bittere Entscheidung fallen oder aber weitere Verhandlungen eingeleitet werden können, darüber läßt sich zurzeit noch gar nichts sagen. Das Kabinett sieht es als seine Pflicht an, zu verhandeln, zu Verhandlungen zu kommen. Scheitern diese, so dürfte über die Pflicht der Regierung, die hier nicht nur die Nationalversammlung, sondern das ganze deutsche Volk hinter sich weiß, angesichts des uns auferlegten Schmachfriedens kein Zweifel bestehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0001
DFG

Reicher Eltern Söhne!

Nach dem Sturm in München wird die blutige Strecke überschaut, und die Haupturheber des furchtbaren Leides werden unter die Lupe genommen. Dabei werden merkwürdige Feststellungen gemacht. In längst vergangenen Zeiten beschäftigten sich die „Söhne ihrer Väter", zuweilen mit der freien Umdeutung eines Goetheschen Ausspruches etwa in der Weise: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast — vergeud es, um es nicht mehr zu besitzen!" Volkswirtschaftlich war dies Bestreben, das Geld unter die Leute zu bringen, vielleicht gar nicht einmal so sehr zu verdammen, in jedem Falle aber waren nur die Familien der „Söhne ihrer Väter" die Leidtragenden. „Der Großvater ein Kaufmann — der Vater ein Kavalier — der Sohn ein Bettler!"

Schlimmer wurde es schon, als sich reicher Eltern Söhne vom Pferdesport auf den Lyrik- und Dramasport warfen. Immerhin war auch hier die Zahl der Geschädigten noch begrenzt. Es waren die Unglücklichen, denen ihr Schicksal die meist auf deren eigene Kosten herausgegebenen Gedichte und Dramen der „Söhne ihrer Väter" zufällig in die Hände trieb.

Heutzutage aber scheinen manche „reicher Eltern Söhne" einen Sport auserkoren zu haben, der leider das ganze Volk in Mitleidenschaft zieht. Sie werfen sich auf die Politik — natürlich allerradikalster Richtung, weil das ihnen am romantischsten dünkt. Der von den Kapitalzinsen seines Vaters lebende Kommunist — eine politische Neuerscheinung der Revolution —, die den Stoff zu einem Schauspiel, ja Lustspiel abgeben könnte, wenn nur der Schlußakt nicht die Einbußen an Gut und Blut des deutschen Volkes zeigen müßte.

Herr Lewien — der Sproß einer reichen Kaufmannsfamilie —, der 25jährige „Lyriker" Toller — der Sohn einer begüterten Posener Familie —, der Literat Mühsam — der Sproß eines reichen Apothekers — das waren die Schwabinger Kommunisten. Den beiden erstgenannten „Söhnen ihrer Väter" ist dabei noch ein weiteres Kennzeichen gemeinsam: beide wurden während des Krieges eingezogen, aber sehr bald wieder als „d. u." entlassen, Lewien wegen Gehirnsyphilis, Herr Toller wegen „Nervenkrankheit".

Das sind die „Männer", denen der deutsche Arbeiter sein Geschick anvertraut und denen er blindlings in den Tod folgt, oder vielmehr vorangeht, da die „Söhne ihrer Väter" zu verstehen geben, daß sie sich, statt mit politischen Hetzreden doch wie einst mit den volkswirtschaftlichen Funktionen der Distribution ihres ererbten Kapitals beschäftigen möchten, sofern ihnen Gehirnsyphilis und Nervenkrankheit sonst sehr erwünschte andere und ernsthaftere Arbeit nicht gestatten sollten.

Bildung einer bayerischen Reichswehr

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 8. Mai.

Bayern hat aus den letzten Ereignissen eine heilsame Lehre gezogen. Die Bildung des aus Bayern entstandenen Kontingents der Reichswehr ist in raschem Fortschreiten. Allerorts im Lande ist der Zugang zu den Freikorps ein starker. Dazu werden in den Städten Einwohnerwehren und auf dem flachen Lande Bauernwehren organisiert. Die bayerischen Parlamentarier bemühen sich nicht zuletzt um die Sache. Eine Anzahl von ihnen ist inzwischen selbst in die Freikorps eingetreten.

Korrespondenz Hoffmann meldet: Das Generalkommando Oven gibt über die Verluste aus den letzten Kampftagen in München folgendes bekannt: Gesamtverluste bis 8. Mai 1919: 8 Offiziere tot, 20 verwundet, Mannschaften: 50 tot, 144 verwundet und 10 vermißt. Ueber die Verluste der Rotgardisten fehlen natürlich zuverlässige Ziffern, doch gehen ihre Verluste an Toten in die Hunderte. Dazu kommen noch 30 bis 40 Zivilisten, die in den Münchener Straßenkämpfen den Tod fanden. Auch von den in der Stadt verhafteten Spartakisten wurden viele auf Fluchtversuchen erschossen.

Das Dokument der Mörder

Der Befehl zum Geiselmord.

* München, 8. Mai.

Im Wittelsbacher Palais wurde unter den Papieren des Vollzugsrats ein Schriftstück entdeckt, daß die Schuld des ehemaligen Stadtkommandanten Egelhofer an der Ermordung der Geiseln einwandsfrei beweist. Das Schriftstück lautet:

Resolution!

„Die Mannschaften des 1. Infanterie-Regiments haben beschlossen, nachdem 8 Mann bei Dachau gefallen sind, sofort Geiseln zu erschießen, pro Mann 5 Geiseln, also 40 Geiseln. Diese Resolution muß sofort vollzogen werden."

Die Mannschaften die Infanterie-Regiments.

An den Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte,

Unter dieser Resolution steht geschrieben:

„Meine Zustimmung gebe ich. R. Egelhofer."

Die Ruhe in München ist am Tage hergestellt. Sobald es aber dunkel wird, kommen die Spartakisten aus ihren Verstecken hervor, besetzen die Dächer in dem unruhigen Viertel und schießen von dort aus auf die Patrouillen der Regierungstruppen, die fast jede Nacht Verluste erleiden. Die Regierungstruppen bilden jetzt fliegende Kolonnen, die die Aufgabe haben, im bayerischen Oberland die kleinen Orte und Städtchen, in denen sich die Spartakisten wieder rühren, endgültig zu säubern.

Pfitzners 50. Geburtstag

Hans Pfitzner feierte am 5. Mai seinen 50. Geburtstag. Er ist der Sohn eines deutschen Geigers, der sich die Anerkennung Richard Wagners erworben hat und von seiner sächsischen Heimat an die Moskauer Oper versetzt wurde. Dort erblickte Hans Pfitzner das Licht der Welt; die entscheidenden Eindrücke seiner Jugend aber erlebte er in Frankfurt a. M., wo der Vater die Stellung eines Musikdirektors am Stadttheater übernahm. 1886 trat er in das Hochsche Konservatorium zu Frankfurt a. M. ein, und noch als Schüler schuf er sein erstes dramatisches Werk, die Musik zu Ibsens „Fest auf Solhaug". Der „Arme Heinrich" war im Jahre 1893 vollendet; sechs Jahre später schuf Pfitzner die „Rose vom Liebesgarten". Inzwischen hatte er, um eine Aufführung seiner Werke zu ermöglichen, in Mainz eine Stelle am Stadttheater, zuerst als vierter Kapellmeister, angenommen, und hier gelang es ihm endlich, im April des Jahres 1895 den „Armen Heinrich" auf die Bretter zu bringen. Dann siedelte Pfitzner als Kompositionslehrer am Sternschen Konservatorium nach Berlin über, und später ging er als Kapellmeister nach Straßburg. Sein jüngstes Werk, den „Palestrina", hat die Münchener Oper zur Uraufführung gebracht. Pfitzner hat lange ganz im Banne Wagners gestanden, aber immer lebt und ringt in Pfitzners Schaffen ein ganz eigenes persönliches Element, das einer tief empfundenen, aus lebendiger Seele quellenden deutschen Romantik. Reiner und selbständiger als in seinen dramatischen Werken hat sich Pfitzners künstlerische Persönlichkeit wohl noch in seiner Kammermusik dargestellt. Hier ist es in erster Linie Brahms gewesen, der ihn angeregt hat. Auch in einer Anzahl seiner Lieder, zu denen er mit Vorliebe Eichendorffsche Texte gewählt hat, hat deutsches Musikempfinden schönen Ausdruck gefunden. Pfitzner ist durch und durch Künstlerpersönlichkeit, unmodern — wie man so zu sagen pflegt —, weltfremd, allein seinem Schaffen ergeben, diesem aber hingegeben mit rücksichtsloser Selbstaufopferung.

Der Polenschreck in Wilna

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Königsberg, [illegible]. Mai.

Von zuverlässiger Seite wird berichtet: Seit Einzug der Polen herrschen in Wilna furchtbare Pogrome. In den ersten Tagen wurden 54 Juden ermordet, viele verwundet. Ueber 8000 Juden wurden gefangen fortgeschleppt. Die Metzeleien dauern noch an. Alle Juden werden von polnischen Truppen und der einheimischen polnischen Bevölkerung ausgeplündert. Die bisherigen Schäden werden auf mindestens 6 Millionen geschätzt.

Die neuen Arbeitsgesetze

Berlin, [illegible]. Mai.

Unter Vorsitz des Reichs-Arbeitsministers Bauer trat am 8. Mai der Arbeitsausschuß zur Neuordnung des gesamten Arbeitsrechts zum erstenmal zusammen. An der Sitzung nahm auch der Gesandte Deutsch-Oesterreichs teil. Minister Bauer führte aus: Das Gesetz werde das gesamte Arbeitsrecht mit Einschluß des Tarif- und Koalitionsrechts regeln. Ueberlebtes soll ausgeschieden, den heutigen sozialen Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

Der Geheime Oberregierungsrat Siefart setzte dann im Einzelnen den Arbeitsplan auseinander. Als Teile des gesetzgebenden Werkes sind gedacht: Der Arbeitsvertrag, die Arbeitsgerichte (für Streitigkeiten aller Arbeitnehmergruppen), die Arbeitsverfassung, Arbeitsverwaltung (Arbeitsnachweis usw.) und die soziale Selbstbestimmung (Koalitions-Tarifverträge usw.). Es fand eine längere Aussprache und eine Verteilung der Arbeitsgebiete an die verschiedenen Mitglieder statt. Schon vor der Ausarbeitung der einzelnen Entwürfe soll den großen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden Gelegenheit gegeben werden, Wünsche und Vorschläge bezüglich des Gesamtinhalts und des Aufbaues des Gesetzes zu äußern.

Dr. Renner Friedensunterhändler

Wien, 9. Mai.

Es zeigt sich, daß nicht die Anschlußfrage, sondern reinweg eine Personenfrage Deutsch-Oesterreichs um ein Haar in eine schlimme innere und äußere Krise gestürzt hätte. Die Aussprache innerhalb der christlich-sozialen Partei hatte völlige Uebereinstimmung mit den von Bauer und Klein ausgearbeiteten Richtlinien für die Friedensdelegation ergeben. Klein reist nach St. Germain nur als Chef der Delegation des Staatsamtes des Auswärtigen. Der eigentliche Vorsitzende wird Präsident Seitz, der aber als Leiter der Nationalversammlung und in seiner Würde als Präsident der deutsch-österreichischen Republik kaum abkömmlich und obendrein auch gesundheitlich verhindert ist, die weite Reise für längere Dauer anzutreten, und der deshalb den faktischen Vorsitz dem Dr. Klein als seinem Stellvertreter überläßt. Mit dieser Scheidung waren die christlich-sozialen Feinde zufriedengestellt. Schließlich wurde aber, da Seitz die Berufung endgültig ablehnte, der Staatskanzler Dr. Renner als bevollmächtigter Vertreter der deutsch-österreichischen Republik bei den Friedensverhandlungen bestimmt. Als politische Berater werden ihm der Christlich-Soziale Gürtler und der Großdeutsche Schönbauer beigegeben werden.

Richtlinien für di Friedensvertreter

Wien, 8. Mai.

In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses der Nationalversammlung unter dem Vorsitz des Präsidenten Seitz wurden die Richtlinien zu den Instruktionen für die Vertreter auf der Friedenskonferenz und die Mitteilungen über die Zusammensetzung der Kommission eingehend erörtert und die Richtlinien einstimmig genehmigt. Die Wahl der Vertreter sei Sache der Regierung. Auf die an den Präsidenten Seitz gerichtete Bitte, an die Spitze der Delegation zu treten, erklärte dieser, politische und staatsrechtliche Bedenken zu haben und gesundheitlich den Beschwerlichkeiten dieser Sendung nicht gewachsen zu sein. Trotzdem beschloß der Hauptausschuß einstimmig, seinen Antrag der Nationalversammlung morgen zu unterbreiten. Seitz behielt sich bis morgen Bedenkzeit vor.

Weitgehende Zugeständnisse für Oesterreich

Wien, 8. Mai.

Staatssekretär Bauer hat, wie die „Neue Freie Presse" meldet, in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses mitgeteilt, daß der englische Oberst Cunningham ihm erklärt habe, die Entente wäre bereit, falls Deutschösterreich auf seinen Anschluß an Deutschland verzichtete, weitergehende territoriale wirtschaftliche, Finanz-, Währungs-, Ernährungs- und politische Zugeständnisse zu machen.

*

Milchkühe und Vieh für Frankreich

Eine Forderung des Vertrages.

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 8. Mai.

Aus den Friedensbedingungen ist noch nachzutragen, daß Deutschland auch eine erhebliche Zahl von Milchkühen und sonstigem Vieh an die Gegner abgeben soll.

Wissel will weiter

Berlin, 8. Mai.

Die Nachricht von dem beabsichtigten Rücktritt des Wirtschaftsministers Wissel beruht auf Richtigkeit. Es ist aber Aussicht vorhanden, den Minister im Amte zu behalten.

Zur Umgestaltung der inneren Verwaltung

Der Minister des Innern hatte kürzlich in Danzig in einer Versammlung der Vertrauensleute der Danziger Mehrheitssozialisten sich dahin geäußert, daß die ganze innere Verwaltung umgestaltet werden müsse, zu welchem Zwecke ein hervorragender Fachmann gewonnen wäre. Wie wir hören, ist der frühere Minister des Innern Drews mit dieser Aufgabe betraut. Als hervorragender Fachmann auf diesem Gebiete hat Minister Drews bekanntlich auch unter der alten Regierung die Verwaltungsreform als Unterstaatssekretär eingeleitet.

*

th. Die Grundzüge der neuen Verwaltungsreform entwickelt der frühere Minister des Innern Dr. Drews in der „Deutschen Juristenzeitung". Er führt u. a. aus: Eine Verwaltungsreform in Preußen muß unter den jetzigen Verhältnissen viel tiefer greifen, als sie früher in Aussicht genommen war. Sie m[uß] getragen sein von dem Gedanken der Selbstverwaltung. Die Selbstverwaltungskörper sind in Anlehnung an historisch und wirtschaftlich Gewordene und Bewährte einzurichten. Als berufene Selbstverwaltungsbezirke erster Ordnung ergeben sich nach Lage der Dinge die bestehenden Provinzen. Zu ihren alten Aufgaben treten eine Reihe neuer, wie das Landeskultur- und Meliorationswesen und das höhere Schulwesen. Ebenso wie die Provinzen, sind auch die bestehenden Kreiskommunalverbände mit der Maßgabe beizubehalten, daß leistungsschwache Kreise zu leistungsfähigen Gebilden zusammengelegt werden. Auch die Landbürgermeistereien [in] Rheinland und Westfalen werden unter der gleichen Voraussetzung beizubehalten sein, in den östlichen Provinzen und Hannover werden kommunale Amtsbezirke mit hauptamtlichen Leitern einzurichten sein. Endlich bleiben auch die vorhandenen Gemeinden unter Beseitigung der Gutsbezirke bestehen. Die laufende ordentliche Aufsicht über die Geschäftsführung [der] Selbstverwaltungskörper [ist] in dem jeweils stufenförmig übergeordneten Selbstverwaltungskörper zu übertragen. Was [das] Beamtentum anbelangt, so tritt der Verfasser für das lebenslänglich angestellte Beamtentum ein, das unbedingt den Vorzug verdient gegen das amerikanische System des kurzfristigen Wechsels der Beamten je nach den Wahlerfolgen einer Partei. Der Staat erläßt an die Selbstverwaltungskörper lediglich Richtlinien für die Geschäftsführung. Die gedachte Umwälzung [ist] außerordentlich tiefgreifend, man wird Schritt für Schritt [vor]gehen müssen. Den Selbstverwaltungskörpern werden [die] Materien allmählich übertragen werden müssen, wie sich [die] staatlichen Provinzial- und Regierungsbehörden auflösen. [Ob] eine derartig umgestaltete Verwaltung sogleich besser als [die] des bisherigen Obrigkeitsstaates arbeiten wird, erscheint [dem] Verfasser zunächst zweifelhaft.

Was das Ausland sagt

Die „Neue Freie Presse" schreibt: „Eine furchtbare Wahl zwischen einem Frieden des Niederganges und zwischen einem Niedergang ohne Frieden, zwischen Verknechtung und Bolschewismus! Deutschland kann uns nicht unterstützen, wenn es sich entschließt, den ihm heute mitgeteilten Vertrag zu genehmigen. Deutsch-Oesterreich ist dann den Konferenzmächten in Paris allein gegenübergestellt; und so wenig diese auch eine natürliche Entwicklung dauernd hindern können, und so gewiß das geschlagene Deutschland von heute das aufsteigende Deutschland kommender Zeiten sein wird, handelt es sich doch gegenwärtig um die Frage, ob wir nicht der Wahrheit, die uns [illegible] daß wir kaum noch Bewegungsfreiheit haben, ins Gesicht sehen sollen. Wenn die Konferenzmächte uns die Unabhängigkeit aufzwingen, obgleich wir sie gar nicht wollen, dann haben sie die Verantwortung für unser Leben zu tragen. Wenn die Entente die Vereinigung mit Deutschland hindert, wird sie sich auch darum kümmern müssen, daß wir nicht elend und bankerott werden, [daß] durch den Frieden nicht noch mehr Armut verbreitet, noch mehr Sterblichkeit hervorgerufen und noch mehr Zersetzung der Gesellschaft verschuldet wird. Wir können nicht zwischen March und Marburg eingeschlossen bleiben, gepreßt von tschechischem Schutzzoll und von der südslawischen Wand, die den freien Zugang zum Meere hindert." Die „Neue Freie Presse" verweist dann auf die Zwangsmittel, über welche die Entente zur Durchführung des Anschlußverbotes verfügt: „Die Nahrungs[illegible] treffen nicht ein, die Not ist der Schraubstock, das Volk [muß] essen, und die Ernte ist noch weit. Wir konnten nur mit Deutschland auf der Friedenskonferenz etwas sein. Von diesem durch den starken Druck der Konferenzmächte abgedrängt, kommt zunächst die Sorge um die Alltäglichkeit, um Getreide und Fe[tt] und dann erst der Gedanke an die Folgen eines Streits gegen die unermeßliche Uebermacht."

Das „Neue Wiener Tagblatt" schreibt: „Selten folgte auf ein feierliches Versprechen ein jammervolleres Erfüllen. Präsident Wilson sprach zur Welt wie ein Prophet reinen Menschentums. Der Friedensentwurf, der seine Unterschrift trägt, wird vielleicht das sinnfällige Beispiel für das Versagen eines Mannes sein, der gegen Habgier und Eroberungsdrang einen aussichtslosen Kampf begonnen hat."

Der „Neue Tag" schreibt: „Wehe denjenigen, denen [die] Geschichte einmal die Schuld an dem Scheitern der größten Möglichkeiten des dauernden Völkerfriedens geben wird! Sie wird nicht nur so schwer sein, wie die Schuld an dem Ausbruche des Krieges, sondern noch viel verhängnisvoller, noch viel verderblicher und fluchwürdiger. Die Leute, die jetzt Wilhelm II. [vor] ihr Tribunal zitieren, mögen zusehen, daß man sie nicht ebenso schuldig findet."

Die „Reichspost" schreibt: „Wäre das Schicksal des deutschen Volkes nicht so traurig, heute müsse landauf, landab ein bitteres Lachen beginnen über den Philosophen aus Amerika, [der] die Welt zur Herrlichkeit zu reformieren vorgab und ein Irrenhaus daraus machte."

Die „Wiener Mittagszeitung" meldet aus Prag: Die nationalistische „Narodni Listy" sagen, das ganze tschechische Volk habe mit größter Freude und Dank die Nachricht erhalten, [daß] endlich sein Staatengebiet durch den Friedensvertrag eine feste Grundlage erhalten habe. „Das tschecho-slowakische Volk tritt heute in den Verband der übrigen Staaten als rechtsgültiges Mitglied der großen Familie ein. Es steht in seinem Nationalleben nicht mehr vereinzelt da. Es wird nicht mehr dem Feinde anheimgegeben. Deutschland und auch Oesterreich müssen unsere Grenzen vom Jahre 1914 anerkennen."

Das dänische Blatt „Politiken" schreibt dazu: „Die Bedingungen scheinen eine so schwere Zukunft für das Deutsche Reich zu bringen, daß wohl heute überall ein Gefühl herrschen wird, daß sie als ein Höchstprogramm, als eine Art ideale Forderungen gedacht sind, deren Honorierung man nicht in der Welt der Wirklichkeit erwarten kann. Der Vertrag, wie er jetzt vorliegt, macht den bestimmten Eindruck, daß über ihn verhandelt werden kann. Deutscherseits wird man sicherlich geltend machen, daß er verschiedene Bedingungen enthält, deren Durchführung ganz unmöglich ist."

Das „Handelsblad" bezeichnet die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen als hart und erniedrigend. „Trotz allem, was geschehen ist, und was das deutsche Volk auch getan haben mag, ist das deutsche Volk als solches ein gutes und großes Volk. Die Entente will augenscheinlich eine völlige Vernichtung Deutschlands. Der Friede ist eine Verspottung der Grundsätze Wilsons. Das Vertrauen Deutschlands auf Wilson ist auf eine solch beschämende Weise getäuscht worden, daß man das, was jetzt geschieht, als eine Erniedrigung für die ganze Menschheit empfinden. Was Deutschland auch tun möge, Frieden können diese Bedingungen nicht bringen."

Die „Tijd" verurteilt den geplanten Gewaltfrieden: „So lange die Alliierten auf ihren sinnlosen Bedingungen bestehen, daß nach einer Zeit von Sklaverei den Ententeheeren nur noch ein verfallenes Deutschland übrig bleibt, wird der Weltfrieden haltlos sein."

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" sagt, er sei kein Friedensvertrag, sondern ein Vertrag zur Herstellung eines Dauerkrieges, und führt aus: „Der Vertrag vernichtet die Hoffnung auf den Völkerbund, denn er zerteilt die Welt in Völker erster, zweiter und dritter Klasse, Völker von Herrschern, Völker von mehr oder minder freien Menschen und ein zerstückeltes Volk. Dadurch, daß die Verfassung des Völkerbundes einen Teil dieses Vertrages bildet, hat der Bund seinen Wert verloren. Von Wilsons Grundsätzen findet man im Vertrage nur insofern eine Spur, als die Ausführung seiner Grundsätze genau auf das Entgegengesetzte aller Punkte dieses Programms hinausläuft. Man findet im Vertrage alle die Kriegsziele, die die Entente immer zu bekämpfen erklärte. Auf Grund dieser Erklärungen müßte aus dem Vertrage hervorgehen, daß die Entente

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0002

...derlage erlitten habe. Da dies aber nicht der Fall ist, bleibt nur eine logische Folgerung, nämlich, daß die wahren Kriegsziele der Entente nicht die waren, die sie angaben. Kurzum, sieht man sich den Vertrag im ganzen an, so findet man, daß Deutschland zerstückelt und wirtschaftlich ...ordet werden soll, und daß der Rest dessen, was einmal das Deutsche Reich war, außerhalb der internationalen Gemeinschaft gestellt werden soll.

Die englische Presse erklärt sich mit den Friedensbedingungen im allgemeinen einverstanden. „Daily Chronicle" und „Daily Expreß" finden, daß die im letzten Wahlkampf von der Regierung gegebenen Versprechungen im allgemeinen innegehalten werden. Die „Morningpost" ist mit der Schadensvergütung, die England erhält, nicht einverstanden. Die Northcliffe-Presse verhält sich abwartend und sagt, wenn der Friedensvertrag wirklich dem der Presse unterbreiteten Auszug entspreche, seien die Bestimmungen über Heer und Flotte auf dem Papier ja gut. Dagegen sei der Vertrag in finanzieller Hinsicht voll gefährlicher Löcher.

Die „Times" meinen, der Teil, dem sie im Vertrage am meisten vertrauten, sei die englisch-französisch-amerikanische Bundesgenossenschaft. Der „Daily Telegraph" nennt den Vertrag vom Anfang bis zum Ende streng und scharf. Was zerschmettert werden müsse, sei völlig zerschmettert worden. Aber der Friede sei auch ein Friede der Gerechtigkeit, er enthalte keine einzige unberechtigte Forderung.

Die „Daily News" sagen, die Bedingungen seien so scharf, wie man sie hätte erdenken können. Aber die Vernichtung des Preußentums dürfe nicht auf Deutschland beschränkt bleiben. Die Entwaffnung Deutschlands müsse der erste Schritt zur allgemeinen Entwaffnung der Nationen sein. Später sagt das Blatt, während Deutschland die von China empfangenen Schadenvergütungen für den Boxeraufstand zurückzahlen müsse, höre man nichts davon, daß auch England bereit sei, dieselbe Gerechtigkeit auszuüben. Fast müsse man zu dem Schlusse kommen, daß der Welt nicht ein Friede, sondern nur ein Waffenstillstand geboten werde, der wohl zehn, zwanzig oder vierzig Jahre dauern könne, aber doch nur ein Waffenstillstand sei.

Der „Manchester Guardian" findet die Lösung der elsaß-lothringischen, der schleswigschen, ja selbst der schlesischen Frage gerecht. Das Blatt will aber nicht behaupten, daß die Lösung der Saarfrage gut sei. Es sei ein verwickelter Ausweg, der nur dazu dienen könne, Wunden offen zu halten. Auch die Regelung der Danziger Frage nennt das Blatt schlecht. Man könne weder nationales Selbstbewußtsein ungestraft verletzen, noch eine Bevölkerung von hoher Kultur unter eine niedrigere Kulturstufe stellen. Polen könne auf die dauernde Freundschaft seiner westlichen Nachbarn rechnen.

Der sozialistische „Daily Herald" sagt, daß der Vertrag das Versprechen gebrochen habe, auf das der Waffenstillstand eingegangen worden sei. „Keiner von uns," sagt das Blatt, „hat seine Ehre gerettet, und was ist ein Sieg ohne Ehre! Wilson, der hohe Ideale verkündete, ist geschlagen."

Der „Corriere della Sera" erhebt in seinem heutigen Aufsatz gegen die Verbündeten Italiens den scharfen Vorwurf, daß sie die Abwesenheit der italienischen Vertreter dazu benutzt hätten, Italien um die finanziellen Früchte seines Sieges zu bringen, und auch durch die beschlossene internationale Arbeitsgesetzgebung die italienische Auswanderung der Ausbeutung des europäischen und amerikanischen Kapitalismus preiszugeben. Die Bitterkeit über dieses unwürdige Verhalten gehe auf jene zurück, die die Idee der Gerechtigkeit verraten hätten. Auch bedeute die Verschiebung der Entscheidung über die italienischen Gebietsfragen eine schwere Schädigung der Interessen Italiens, dem versprochen worden war, daß beide Probleme von jenen Frankreichs unmittelbar entschieden werden sollten. Dieses Versprechen sei aber nicht gehalten worden, wie die Uebergabe der Vorfriedensbestimmungen an Deutschland jetzt beweise. Auch die Deutsch-Oesterreich betreffende Klausel sei gegen Italien gerichtet, die Deutsch-Oesterreich geradezu in die Arme eines künftigen Donaubundes getrieben werde.

Das Genfer Blatt „La Feuille" sagt: „Mit den angeblichen Volksabstimmungen in den Belgien zugesprochenen Bezirken, die unter belgischer Besetzung stattfinden werden, nachdem Deutschland bereits gezwungen sein wird, von vornherein die belgische Souveränität über diese Gebiete anzuerkennen, sollte man uns lieber verschonen." Wie der Herausgeber des Blattes, Jean [illegible], über die sonstigen territorialen Wünsche der Entente denkt, faßt er am Schluß folgendermaßen zusammen: „Im Osten sind die territorialen Bestimmungen noch viel schlimmer, als man befürchten mußte. Das ist der Gewaltfrieden in seiner ganzen Schönheit, der Friede des alten Regimes, der verschlimmerte Friede von Brest-Litowsk. Die Deutschen werden aufschreien; nur das Gefühl ihrer Ohnmacht, das Bedürfnis nach Frieden und Brot, um welchen Preis es auch immer sein möge, kann sie zwingen, diesen Frieden zu unterzeichnen. Alles wird deshalb von den wirtschaftlichen Bestimmungen abhängen. Wenn sie Deutschland die Freiheit geben, zu arbeiten, kann alles noch gerettet werden; wenn nicht, so kommt die passive Resistenz, die Wiederaufnahme der Blockade, der ganze Apparat der strategischen Maßnahmen, und das bedeutet im anderen Lager vielleicht deutsch-russische Allianz."

Der Fall Liebknecht vor Gericht

Am Mittwoch begann in Berlin vor einem Feldkriegsgericht der Strafprozeß wegen der Tötung von Dr. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Der wegen versuchten Mordes angeklagte Husar Otto Runge hat vor dem Eden-Hotel gegen beide bei ihrem Abtransport Kolbenschläge geführt. Von den angeklagten Offizieren wird dem Kapitänleutnant Horst v. Pflugk-Harttung, dem Oberleutnant z. S. Ulrich von Rittgen, Oberleutnant z. S. Heinrich Stiege, dem Leutnant z. S. Bruno Schulze und Leutnant d. Res. Rudolf Liebmann die vorsätzliche und überlegte Tötung Liebknechts, dem Oberleutnant Vogel die Tötung der Frau Rosa Luxemburg zur Last gelegt. Vogel soll im Kraftwagen einen Kopfschuß gegen die sterbende Frau Rosa Luxemburg, nachdem sie durch zwei Kolbenhiebe des Husaren Runge eine schwere Schädelverletzung erhalten hatte, gerichtet haben. Der Hauptmann Heinz von Pflug-Harttung ist der Beteiligung an der Tötung Liebknechts angeklagt. Der Angeklagte Horst von Pflug-Harttung sagte bei seinem Verhör unter anderm aus: Im Tiergarten am Neuen See erlitt das Auto eine Panne, Liebknecht erklärte, er fühle sich kräftig genug, zu Fuß zu gehen. Ich entfernte mich einen Augenblick, um mich über den Weg zu orientieren. Als ich zurückkehrte, sah ich Liebknecht vor mir laufen. Ich rief Halt, und da er auf den Ruf nicht stand, schoß ich. Liebknecht lief noch einige Schritte und brach dann zusammen. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum er nicht gewartet habe, ob Liebknecht auf den Anruf stehen würde, antwortete der Angeklagte: Dazu habe ich keine Veranlassung gehabt, da ich Liebknecht gesagt habe, daß er bei einem Fluchtversuch sofort erschossen werden würde.

Oberleutnant z. S. von Rittgen schließt sich den Aussagen des Kapitänleutnants von Pflugk an. Auf Fragen erklärte der Angeklagte, er habe, als er schoß, irgendeinen bestimmten Gedanken nicht gehabt. Er habe lediglich, wie es nach den militärischen Vorschriften selbstverständlich sei, schon im voraus daran gedacht, wenn ein Fluchtversuch unternommen werde, zu schießen. Im Tiergarten habe er gehört, wie der Transportführer Pflugk-Harttung „Halt!" rief, gleich darauf sei ein Schuß gefallen. Er habe Liebknecht laufen sehen und deshalb auch geschossen, nicht, um einen Schreckschuß abzugeben, sondern

um zu treffen,

da Liebknecht in seiner Gegenwart im Hotel darauf hingewiesen worden war, daß im Falle der Flucht sofort geschossen würde. Ein Zielen sei nicht möglich gewesen, da Liebknecht fast völlig im Dunkeln war. Auf Vorhalt des Verteidigers erklärt der Angeklagte, daß die von ihm gehörte Bemerkung des Transportführers an Liebknecht: „Bei einem Fluchtversuch wird geschossen", für ihn Befehl gewesen sei. — Auf weitere Fragen des Anklagevertreters bekundet der Angeklagte: Als Liebknecht ins Eden-Hotel gebracht worden war, hätten dort viele aufgeregte Personen gestanden, von denen eine äußerte: er würde Liebknecht totschießen. Er selbst habe dazu dem Betreffenden gesagt, er solle sich nicht unglücklich machen; man könne sich schon darauf verlassen, daß Liebknecht nicht entlaufen werde. Nach seiner Meinung seien wohl zehn Schüsse auf Liebknecht abgegeben worden. Die Schläge des Runge seien durch das Verdeck des Autos etwas gemildert worden.

Leutnant Stiege schließt sich gleichfalls dem Mitangeklagten an. Irgendeine Verabredung sei zwischen ihnen ganz unmöglich gewesen. Als Runge mit dem Kolben losschlug, habe er versucht, den einen Schlag mit ausgestrecktem Arm aufzufangen. Liebknecht habe sich nach dem Zuschlagen etwas auf die Seite gebeugt, und Blut sei herausgeströmt. Liebknechts Zustand habe er nicht für besonders schwach gehalten. Ob sich Liebknecht losgerissen hat, wisse er nicht, er habe nur den Ruf „Halt!" und einen Schuß des Transportführers gehört. Für ihn sei der Schuß des Führers Befehl gewesen, auch zu schießen, zumal er gesehen habe, daß der erste Schuß wirkungslos geblieben war, da Liebknecht noch weiter lief. Im Auto habe Leutnant Schulze ihn um ein Taschentuch zum Verbinden der Stichwunde in seiner Hand gebeten. Er habe die Wunde gesehen und von Schulze gehört, daß

Liebknecht mit einem Messer

auf ihn gestochen habe. — Auf einen Fluchtversuch Liebknechts habe er anfangs nicht gerechnet. — Vors.: Sie waren doch fünf kräftige Offiziere, und ist Ihnen denn da nicht zum Bewußtsein gekommen, daß es auch ohne Anwendung von Waffengewalt doch möglich gewesen wäre, dem durch die Kolbenschläge immerhin geschwächten Liebknecht die Flucht unmöglich zu machen? — Angekl.: In diesem Augenblick habe ich in dieser Beziehung keine Erwägungen angestellt. Der ganze Vorgang spielte sich kolossal schnell ab. —

Leutnant z. S. Schulze erklärt u. a. zu seiner erlittenen Handverletzung: Er ging rechts von Liebknecht. In dem Augenblick, als dieser an ihm vorbeilief, habe er nach dessen rechten Hand gefaßt. Dabei habe er von Liebknecht einen Stich erhalten. Das Mal der Wunde ist noch heute sichtbar, wovon der Vorsitzende sich durch Augenschein überzeugt. Der Angeklagte hat sich in der Unfallstation am Zoologischen Garten verbinden lassen. Das Messer ist von dem Jäger Friedrich gefunden worden. Als der Angeklagte den Stich erhalten, habe er auf den Entfliehenden auch seine Pistole angelegt, sei aber nicht mehr zum Schuß gekommen. — Es wird festgestellt, daß Kapitänleutnant v. Pflugk aus der großen Armeepistole, die übrigen aus der kleinen Mauserpistole geschossen haben. — Schulze bestätigt noch, daß, als Liebknecht aus dem Eden-Hotel geführt wurde, von der dort angesammelten Menschenmenge Drohrufe, wie: „Haut ihn! Schlagt ihn tot!" und dergleichen gemacht wurde.

Lt. Liepmann weicht in der Darstellung nicht von den Mitangeklagten ab. Als Liebknecht in dem Auto weggefahren wurde, habe er selbst (Angeklagter) im Wagen zu dritt eingepfercht gesessen und nur gehört, als Schläge auf Liebknecht fielen. Dieser hielt die Hände über den Kopf und blutete. Das Auto sei tatsächlich nicht in Ordnung gewesen und ist mäßig schnell gefahren. Ein Fahren in großer Schnelligkeit war nicht möglich; denn ein schnelles Fahren durch die Sperre an der Brücke wäre lebensgefährlich gewesen. An der Corneliusbrücke habe der Fahrer erklärt, daß es lange dauern würde, bis das Auto wieder leistungsfähig sei; da habe der Transportführer Liebknecht gefragt, ob er bis zur Charlottenburger Chaussee würde gehen können, worauf Liebknecht erwidert habe: „Wenn es denn sein muß." Der Angeklagte erklärt auf Befragen: Er sei rechts hinter Liebknecht im dritten Gliede gegangen und habe bei dem Ruf „Halt!" auch auf Liebknecht geschossen. Es sei ihm bewußt gewesen, daß man einen besonders gefährlichen Feind zu transportieren hatte. Daß Runge irgendeine strafbare Handlung begangen hatte, habe er nicht gewußt und konnte er nicht wissen, da Runge trotz mehrfach umlaufender Gerüchte eine Woche im Eden-Hotel verblieb, ohne verhaftet zu werden. Auf die Gerüchte habe er nichts gegeben, da alle möglichen Gerüchte und unsinnigen Geschichten erzählt wurden: Verbrennung der Frau Luxemburg in der Heizung des Edenhotels, man habe sie den Löwen im Zoologischen Garten vorgeworfen usw. Runge habe ihn gebeten, doch dafür zu sorgen, daß er fortkomme, da er

von Spartakisten bedroht

werde. Nur um Runge einer Lynchjustiz zu entziehen, habe er sich dessen Bitten nicht entziehen mögen und habe sich um seine sofortige Entlassung bemüht. Runge habe gesagt, er sei auf Kündigung engagiert und könne nicht sofort entlassen werden. Das Gesuch auf sofortige Entlassung hätte auf dem Dienstwege mehrere Wochen in Anspruch genommen. Deshalb habe er sich mit einer Bitte an den Schwadronsführer des Runge gewandt, die er allerdings „Im Auftrage" unterschrieben habe. Er gebe zu, daß er hierzu nicht berechtigt gewesen sei.

Ein schadhaftes Auto.

Hauptmann von Pflug-Hartung weist die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen entschieden zurück. Er habe erst selbst den Kraftwagen vom Edenhotel aus fahren wollen, habe es aber doch schließlich dem Fahrer Peschel überlassen, weil er mit dem Wagen nicht vertraut war. Da der Wagen eine Reifenpanne erlitten hatte, habe er zusammen mit Peschel ungefähr ¾ Stunden vor dem Eden-Hotel gewartet, um diese Panne zu beseitigen. Auf der Hinfahrt nach dem Quartier seines Bruders sei der Wagen stehengeblieben. Die Düse war verstopft. Erst nach Beseitigung dieses Mangels habe er weiterfahren können. Unterwegs fuhr der Wagen erst langsam, erholte sich dann und fuhr normal. Darauf habe ihn Peschel ersucht, zu pumpen. Das Pumpen war aber nutzlos, und es konnte nicht der erforderliche Druck erreicht werden. Er habe die Pumpe falsch eingesetzt gehabt, da ihm das System des Wagens nicht bekannt gewesen sei. Der Wagen habe stillgestanden, er sei mit Peschel abgestiegen, während die anderen zunächst noch im Wagen sitzenblieben. Als der Wagen nicht weiter wollte, seien auch die anderen Herren ausgestiegen, nachdem Liebknecht die Frage bejaht hatte, ob er gehen könne. Er habe nichts davon gehört, daß sein Bruder beim Weggange einen Treffpunkt angegeben habe. Er habe am Motor gearbeitet und durch das Geräusch desselben nichts hören können. Nach einigen Minuten habe er aber einen Zuruf gehört: „Treffpunkt Unterführung Bahnhof Tiergarten". Gleich darauf seien Schüsse gefallen. Er habe einen Angriff gefürchtet, und Peschel sei deshalb, obgleich der Motor noch nicht völlig klar war, gefahren. Nach einer kurzen Strecke Fahrt sei ihnen „Halt!" zugerufen, sie seien stehen geblieben und Liebknecht sei in den Wagen gehoben worden.

Damit sind die Vernehmungen der Angeklagten im Falle Liebknecht beendet. Bei jeder Aussage kam es zu Gegensätzen zwischen dem Anklagevertreter und dem Verteidiger über anscheinende Widersprüche in den protokollarischen Vernehmungen derselben in der Voruntersuchung.

Von Rechtsanwalt Grünspach wurde die Vernehmung des Redakteurs Simson beantragt, der in derselben Straße in Steglitz wohnte, in der sich Liebknecht aufhielt. Als der Zeuge eines Nachts mit seiner Gattin nach Hause kam, habe er plötzlich Karl Liebknecht vor sich gehen sehen. Als er halblaut sagte: „Das ist ja Liebknecht!", sei sofort

Liebknecht in rasender Eile davongelaufen

und habe sich versteckt. Die Verteidigung folgert daraus, daß sich Liebknecht schon vorher mit Fluchtplänen beschäftigt habe.

Es folgt die Vernehmung des Angeklagten Oberleutnant Vogel.

Vorsitzender: Angeklagter, ich möchte gerade Sie in ganz besonderer Weise vermahnen, uns hier die Wahrheit zu sagen. Sie wissen selbst, daß das Material gegen Sie besonders belastend ist. Zwei Zeugen wollen gesehen haben, daß Sie den fraglichen Schuß auf Frau Luxemburg abgegeben haben. Ich möchte Ihnen nahelegen, wenn Sie die Tat begangen haben, hier Ihr Gewissen zu erleichtern und die Verantwortung für das, was Sie getan haben, auch zu übernehmen. Ich frage Sie jetzt: Bekennen Sie sich schuldig?

Angeklagter Oberleutnant Vogel: Nein!

Ich bestreite jede Schuld.

Vors.: Erzählen Sie den Hergang. — Angeklagter: Ich kam an jenem Abend aus Dahlem nach dem Eden-Hotel, wo ich den Befehl bekam, Frau Luxemburg nach Moabit zu bringen. Es wurde mir ausdrücklich gesagt, ich solle sehr vorsichtig sein und Frau L. möglichst ungesehen abtransportieren, da die Wut unter den Soldaten und auch unter dem Publikum groß sei. — Der Angeklagte schildert, welche Maßnahmen er getroffen hatte, um Frau L. ungesehen vom Publikum fortzuschaffen. Es ergab sich, daß es nicht möglich war, denn in demselben Augenblick, wo ein Auto vor einem Nebenausgang hielt, strömte die Menschenmenge dorthin. „Ich habe deshalb," so erzählt Angeklagter weiter, „das Publikum düpieren wollen und vor dem Ausgange mit lauter Stimme bekannt gemacht, daß Frau L. durch einen Nebenausgang bereits abtransportiert wurden. Ich fuhr davon, und die Menge verlief sich. An der Kirche kehrte ich um und holte Frau L. nun vom Hotel ab. Als ich heraustrat, war der Wagen wieder von einer aufgeregten Menschenmenge umgeben. Frau L. erhielt sofort, ehe ich es verhindern konnte, von einem Soldaten mit Stahlhelm zwei Kolbenschläge auf den Kopf, so daß sie wie leblos zu Boden stürzte. Ich hob sie mit anderen auf und trug sie zum Wagen; ich selbst setzte mich als Letzter neben den Führersitz, und wir fuhren ab. Als das Auto langsam durch die zurücktretende Menge fuhr, sagte ich dem Fahrer, er solle nicht den direkten Weg nach Moabit nehmen. In demselben Augenblick fiel

aus der Menge ein Schuß.

Ob er uns galt oder Frau Luxemburg, wußte ich nicht, es war alles furchtbar aufgeregt, wir fuhren schleunigst. Wir bogen vor der Corneliusbrücke in das Lützowufer ab, wo wir von Posten zweimal angehalten wurden. Als wir neben uns das Wasser des Kanals sahen, tauchte irgendwo und irgendwie bei uns allen der Gedanke auf, die Leiche ins Wasser zu werfen, da wir alle sahen, daß Frau L. tot war. Wir hatten die Leiche gerade ins Gras gelegt, als eine mit Maschinengewehren bewaffnete Patrouille sich uns näherte. Ich rief: „Nicht schießen!" Der führende Offizier kam näher und verlangte unsere Ausweise. Als ich ihm sagte: Wir haben

die Leiche der Rosa Luxemburg,

rief er: „Gott sei Dank!" — Vors.: Sie haben früher gesagt, das „Gott sei Dank" wäre auf die Aeußerung „Wir haben die Rosa Luxemburg" gefallen? — Angekl.: Ich glaube, ich habe von „Leiche" gesprochen. Wir warfen, da ich sah, daß der Frau L. der Schädel eingeschlagen war, die Leiche ins Wasser, da ich in meiner furchtbaren Erregung gar nicht wußte, was ich mit der Leiche anfangen sollte. Ich wollte auf keinen Fall die Division in Mißkredit bringen, nachdem ich beim Abtransport alles getan hatte, um das Leben der Frau L. zu erhalten. Deshalb erzählte ich später wahrheitswidrig, daß unser Wagen von Zivilisten angehalten und die Leiche uns entrissen worden sei, da wir uns der Uebermacht nicht hätten erwehren können.

Vertreter der Anklage: Wie kommt es aber daß der Angeklagte dieses Märchen noch aufrechterhalten hat, als zwei Augenzeugen, die Leutnants Jansen und Köpke, den Sachverhalt geschildert hatten? — Angekl.: Ich habe die Erzählung solange es nur irgend möglich war, aufrechtzuerhalten versucht, und ehe ich die Wahrheit sagte, den Untersuchungsrichter gefragt, ob der Division Schaden entstehen könnte.

Hauptmann Weller spricht sein Erstaunen darüber aus, daß er hier wegen Begünstigung angeklagt worden sei. Es handelte sich für ihn nur um die Beseitigung einer Leiche, ohne daß ihm ein Verbrechen bekannt war. Er habe keinen der angeblichen Täter gekannt, und nicht das geringste Interesse an ihnen gehabt. Ihm habe damals die Wache auf der Lichtensteinbrücke unterstanden. Eine Meldung über die Vorfälle in jener Nacht sei ihm nicht gemacht worden. Erst am nächsten Tage habe er gerüchtweise gehört, Rosa Luxemburg sei ins Wasser geworfen worden; gesehen habe sie niemand, und weitere Einzelheiten habe er über den Vorgang nicht erhalten. — Auf den Vorhalt, daß er doch aus den Zeitungen dies und jenes erfahren haben werde, erwidert der Angeklagte unter großer Heiterkeit: „er lese grundsätzlich keine Zeitung".

Ein Zwischenfall.

Während einer kurzen Pause stürzt sich der Angeklagte Runge auf seinen im Zuschauerraum befindlichen Bruder, dem er wiederholt zuruft: „Du alter Zuchthäusler, Spartakist, ich bringe dich um!") Der laut schreiende, aufgeregte Angeklagte kann nur durch entschiedenes Eingreifen der Wachmannschaften von Gewalttätigkeiten abgehalten werden. Als R.-A. Grünspach hiervon dem Vorsitzenden Mitteilung macht, ruft der Angeklagte wiederholt mit zornerregter Stimme: „Dieser Zuchthäusler und Strolch! Kommt er morgen wieder in den Saal, ist für mich die Verhandlung sofort abgebrochen, und er ist eine Leiche!" Der Vorfall wird protokolliert.

Dem Angekl. Vogel wird die Frage vorgelegt, ob in dem Auto, in dem Rosa Luxemburg befördert wurde, noch andere Offiziere gesessen haben. Der Vorsitzende mahnte ihn dringend, nicht etwa irgendeinen Kameraden decken zu wollen. Der Angeklagte Vogel erklärt, daß er auf die Frage die Aussage verweigere.

Der ärztliche Befund.

Geh. Medizinalrat Dr. Straßmann gibt ein längeres Gutachten über die Ergebnisse der Leichenschau und der Obduktion der Leiche Liebknechts. Danach ist Liebknecht von drei Schüssen getroffen, ein Geschoß hat den Schädel durchschlagen. Es ist auf der linken Seite in der Gegend des Ohres eingedrungen und an der Stirn wieder ausgetreten. Die Einschußstellen der beiden anderen Schußverletzungen liegen im Rücken, in Höhe der Verbindungslinie der Schulterblätter, die eine in der Mittellinie des Rückens, die andere rechts und höher davon. Merkmale des Nahschusses, wo neben der Geschoßwirkung auch Wirkungen der Ladung erkennbar sind, fehlen sowohl an den Bekleidungsstücken wie an dem Körper des Erschossenen. Auf die Hirn- und Schädelverletzungen ist der Tod zurückzuführen. Auch der Befund der beiden Schüsse in dem Rumpf spricht dafür, daß sie am Rücken eingetreten und vorn ausgetreten sind. Die Schüsse sind in schräger Richtung von links nach rechts gefallen. Bezüglich der Entfernung, aus welcher die Schüsse abgegeben wurden, lasse sich nur sagen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach nicht näher als aus 25 Zentimeter Entfernung geschossen wurde.

Der Geh. Rat Prof. Dr. Bier schloß sich diesem Gutachten durchaus an, ebenso Gerichtsarzt Dr. Marx.

Der Schießsachverständige Marx Barella bekundet, daß vom Standpunkt der Schießtechnik aus zu sagen ist, daß mit den drei Schußverletzungen die Angaben der Angeklagten zu vereinbaren sind, wonach sie in einer Entfernung von fünf bis zehn Meter geschossen, als Liebknecht nach der linken Seite des Weges hinüberlief.

Darauf wird die Verhandlung auf heute (Freitag) vertagt.

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Helmut Böttcher; Volkswirtschaft: Hans Heiling; für die Abteilung Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung sowie für den lokalen Teil Adolf Meyer; für provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Hans Heiling; für den Anzeigenteil Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Halleschen Zeitung Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Boesich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0003

Aufbewahrung aller Pelzsachen

sowie sämtlicher

Winterkleidung

für Damen und Herren

einschliesslich Pflege u. Versicherung.

— Volle Gewähr gegen Mottenschutz. —

Auch von mir nicht bezogene Gegenstände übernehme zur Aufbewahrung.

Reparaturen werden unter fachmännischer Leitung ausgeführt.

Auf Wunsch kostenlose Abholung.

Ich berechne:

für Herren- und Damenpelze

Wert bis 300 Mk. Gebühren 2.80 Mk.
" " 500 " " 3.50 "
" " 750 " " 3.50 "
für je 200 Mk. mehr 1.50 Mk.

für Herren- u. Damen-Ueberzieher Anzüge (Mäntel etc.)

Wert bis 100 Mk. Gebühren 1.75 Mk.
" " 200 " " 2.50 "

für Pelz-Stolas, Muffen etc.

Wert bis 30 Mk. Gebühren 0.50 Mk.
" " 100 " " 1.00 "
" " 200 " " 1.25 "
" " 300 " " 1.50 "
usw.

G. Assmann, Hoflieferant,
Grosse Ulrichstrasse 49.

Hohenzollernhof

Magdeburgerstraße 65

Heute Freitag

Tanz-Abend

Pünktlich 9 Uhr Fox-Trott

Gefängnisverein.

— Mitgliederversammlung Freitag, den 16. Mai, — nachmittags 6 Uhr im „Ratskeller".

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Jahresbericht. 3. Kassenbericht und Haushaltsplan. 4. Wahlen. 5. Satzungsänderung. 6. Verschiedenes.

Missionslichtbilderabend

im Baufuscgemeindehaus, Hohenzollernstr. 11, Sonntag, den 11. Mai, abends 8 Uhr

Lichtbildervortrag

von Herrn Missionar Pastor Rochl aus Deutsch-Ostafrika

„Ruanda, ein verlorenes Missionsfeld?"

— Eintritt 20 Pfennig. —

Alte Promenade.

Lieblingsfrau des Maharadscha 2. Teil

Vorführung 3⁰⁰ 4⁵⁰ 6⁵⁰ 8⁵⁰

Alle Vorzüge aufgehoben.

Wieder erhältlich an den Kassen u. Kleiderablagen

Teil I und II in Romanform

Die Lieblingsfrau des Maharadscha.

Es wird höflichst gebeten, bereits die Nachmittagsvorstellungen zu besuchen.

Leipziger Strasse 88

Fernruf 1224.

Viggo Larsen

in: „Die Diamanten des Zaren"

Verbrecher aus Liebe

Tragisches Schauspiel in einem Vorspiel und vier Abteilungen.

Vorführung: 4.50 6.50 9.10 Uhr.

Arnold Rieck

in: „Die schwarze Locke"

Schwank in 3 Akten.

Vorführung: 4.10 6.10 8.20 Uhr.

-- Messter-Woche Nr. 17. --

Beginn 4 Uhr. Die Abend-Vorstellung beginnt 8.10 Uhr.

Rich. Flemming,

Brüderstr. 16, am Markt, neben Löwen-Apotheke

Anfertigung von Augengläsern jeder Art. Militär-Feldstecher, Kompasse, Schrittzähler, Reisszeuge, Baro- und Thermometer, Taschenlampen. Fernruf 5127.

Apollo-Theater.

Täglich abends 8 Uhr: Gastspiel d. Komikers

Paul Beckers

mit sein. Gesellschaft

„Fliegentütenheinrichs Glück"

Burl. i. 3 Akt. v. V. Holländer

Sonntag nachm. 3½ Uhr bei kleinen Preisen:

„Fliegentütenheinrichs Glück"

In der Hauptrolle Komiker Paul Beckers.

Vorverkauf 9—1 u. 5—7 Uhr.

Partiewaren-Lager Gr. Ulrichstrasse

empfiehlt

Strumpfwaren usw.

Herren-Socken nahtlos, schwarz und farbig, pro Paar Mk. 6.75
Damen-Strümpfe aus starkfädig., schwarz. Baumwolle, p. Paar Mk. 4.75
Damen-Strümpfe durchbroch., schöne Must.
Damen-Strümpfe in schwarz und farbig
Ia. Flor-Strümpfe in glatt, weiss, schwarz, braun und blau pro Paar
Reinseidene Damenstrümpfe schwarz Qualität.

Taschentücher, Handschuhe, Damenhemden, Unterröcke, Untertaillen, Ketten, Brosch.

Blusen- und Jacken-Kragen, Fichus in Glasbatist, Tüll u. Spachtel, entzückende Neuh.

Kinder-Garnituren, Blumen, Federn, Fantasien, Kurzwaren aller Art.

Seiden-Voile 100 cm breit, in hell- und dunkelfarbig . . . . . Meter Mk.

zu sehr billigen Preisen!

Walhalla-Operetten-Theater.

Täglich Abend 7½ Uhr

Der Zigeunerprimas.

Oplte. von Emerich Kalman.

Sonntag 3½ u. 7½ Uhr in beiden Vorstellungen

Der Zigeunerprimas.

Nachm. kl. Pr. Kinder halbe Pr. Kasse v. 10-1½ u. 4-6 Uhr.

Stadt-Theater

Sonnabend, 10. Mai 1919.
Anfang 7½, Ende 11 Uhr

Aïda

Oper von G. Verdi.

Sonntag nachmittag:
Das Dreimäderlhaus.

Sonntag abend:
Die Rose von Stambul.

Kammer-Lichtspiele

Grosse Steinstr. 24

Ein Ereignis für das kunstliebende Publikum unserer Stadt.

Henrik Ibsens nordisches Drama

Peer Gynt.

Erster Teil:

Peer Gynts Jugendjahre.

Für den Film bearbeitet und inszeniert von Victor Barnowsky.

Musik und Gesang.

Peer Gynt Suite I und II / Solveigs Lied u. v. andere } von Grieg.

Volles Orchester. *Kinder verboten.*

Für Vorbestellung Fernruf 2752.

Preise des Plätze:

Sperrsitz 1.50, I. Parkett 1.10, II. Parkett 0.90 Mk.

Zweiter Teil folgt am 13. Juni.

Beginn der Vorstellungen 3, 5, 7 und 9 Uhr.

Vor und nach der Vorstellung:

Kaiser-Kaffee, erste Etage.

Besonders empfehlenswert: **Bohnenkaffee mit Torte.**

Ab 7 Uhr täglich: **Künstler-Konzert** *bis 11½ Uhr.*

Jerusalems-Verein.

Montag, den 12. Mai, nachmittag 3 Uhr im Gemeindehaus Albrechtstraße 27:

Vortrag des Herrn

Pfarrer Moderow aus Haifa:

„Geschichte und Zukunft der deutschen Kolonisationsgemeinden im heil. Lande".

F. A.: Dr. Hagemeyer.

Hippodrom

Wintergarten Direktion: Georg Arndt.

Täglich **Gr. Reit- u. Sportfest.**

Am Sonnabend ab 7 Uhr abends **Gr. Kavalierball.**

Gebr. Bethmann

Werkstätten für Wohnungskunst

Halle a. d. S.

Große Steinstraße 79-80.

Elegante Herrenzimmer.

Schokolade! Echte holl. Ware à 2.90 Mk. Der Schlager der Saison!
Emser Pastillen gegen Husten und Grippe, schön verpackt in Faltschachteln ⁰/₀ 40 —.
Salmiakpastillen, gepackt 100 Stück 45.—.
Toffeestangen aus rein. Malzzucker ⁰/₀ Stück 38.—.
Zigarren-Attrappen mit Süßigkeiten gefüllt ⁰/₀ Stück 24.—.
Backpulver 100 Bil. 8.—.
Muster geg. Wertsendung! Nur für Wiederverkäufer! Grossisten Sonderofferte.
J. F. Weber, Cassel, Tel. 677. Chokol.- u. Zuckerwaren-Großhdlg.

K.-D.

Kantorowicz-Die

obere Leipzigerstrasse 52

Vornehme Weinstube

Jeden Abend ab 7 Uhr Unterhaltungs-Mu

Bar.

Bruno Heydrichs Konservatorium

für Musik u. Theater.

Montag, den 12. Mai 1919, abends 7½ Uhr

im Saale des Konzertsaalhauses

195. Musikaufführung

(Wiederholung des Opern- u. Schauspielabends in Kostümen).

Interessenten können ab Sonnabend im Sekretariat Eintrittsprogramme erhalten.

Reichshof. Inhaber Edwin Hennig

Alte Promenade 6. Fernsprecher 6288.

Im Reichskeller ist in der Weinstube täglich Schrammel-Konzert

von 7 bis 11 Uhr abends.

Es ist bekannt,

daß man

Veil, Schleierstoffe, Chiffon, Seide, Kunstseide, Kleiderstoffe und Barchent

sehr preiswert kauft bei

S. Biletzky, Leipziger Straße 103, I. Etage.

Julius Schniewind, Ms. theol.
Anna Schniewind
geb. Gräfin Reyserlingk

Vermählte.

Elberfeld, 8. Mai 1919.

Posentrüger vom 1.— Mk. bis 10.— Mk. Sehr große Auswahl. H. Rahmer Nachf. Fr. Steinert, 34

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 9 Mai.

Allgemeine Studentenversammlung

Keine Schließung der Universität.

Der Aufforderung des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Halle zu einer Versammlung am Donnerstag abend in der Aula, um zu dem Eintritt aller Studierenden in die Heimatschutzverbände entscheidende Stellung zu nehmen, hatte eine sehr große Anzahl Studenten Folge geleistet. Auch mehrere Dozenten der Universität, u. a. der Rektor Geheimrat Brockelmann, waren erschienen.

Nach Eröffnung der Versammlung erstattete zunächst stud. iur. Wandersleb über die Hochschultagung am 29. April in Berlin Bericht. Gegenstand dieser Tagung war vor allem die Frage, ob das Sommersemester an den deutschen Hochschulen vollständig geschlossen oder nur verschoben werden soll. Der Antrag der Universität Göttingen auf eine Schließung sämtlicher Hochschulen wurde abgelehnt. Dagegen wurde der Vorschlag der Universität Berlin, den auch Halle vertrat, das Sommersemester abzuhalten und für die Studierenden, die in die Heimatschutzverbände eingetreten sind, im Herbst ein Zwischensemester einzurichten, angenommen. An diesem Zwischensemester dürfen nur diejenigen Studierenden teilnehmen, die mindestens drei Monate lang im Grenzschutz oder in einer Reichswehrformation Dienst getan haben, die nach dem 1. Februar aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt sind, die mindestens sechs Semester ihres Studiums als Kriegsteilnehmer verloren haben und schließlich diejenigen, die an dem Zwischensemester Februar—April nicht teilnehmen konnten. Ferner wurden den Kriegsteilnehmern und Angehörigen der Heimatschutzverbände die Zulassung zu Notprüfungen und Prüfungserleichterungen zugesichert. Dieser Entscheidung der Berliner Hochschultagung hat sich der Allgemeine Studentenausschuß unserer Universität angeschlossen und ist im besonderen noch zu der Entschließung gekommen, das Sommersemester weder zu schließen noch zu verschieben. Er ist für den unbedingten Eintritt aller Studierenden in die Heimatschutzverbände und fordert hierzu vor allem die jüngeren Kommilitonen auf. Alle Waffenuntauglichen sowie Studentinnen sollen sich der Halleschen Schutzwehr zur Verfügung stellen. Die Entschließung wurde unter lebhaftem Beifall von den Anwesenden angenommen. Nur die wenigen Vertreter der „Sozialistischen Studentengruppe" waren dagegen.

Geheimrat Brockelmann sprach sodann seine Freude über den starken Besuch der Versammlung aus, um des weiteren zu betonen, daß Deutschland nach wie vor einer Wehrmacht besonders gegen die inneren Feinde bedürfe. Diese könne zurzeit aber nur durch Freiwilligenverbände gebildet werden. Ihnen beizutreten sei Pflicht der deutschen Studenten als der künftigen Führer des Volkes. Darauf ergriff ein Angehöriger eines Sturmbataillons im Grenzschutz Ost das Wort, um auf die drohende Polengefahr hinzuweisen. Der Aufmarsch der Polen ist beendet; etwa eine Million Polen steht uns gegenüber. Als im weiteren Verlauf der Versammlung ein Vertreter der Sozialistischen Studentengruppe die Aufforderung zum Beitritt in die Heimatschutzverbände einen „moralischen Zwang", einen Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen", nannte und die Freikorps als eine Fortsetzung des Militarismus bezeichnete, wurde er durch Pfeifen und Rufe „Raus mit ihm!" u. a. am Weiterreden verhindert. Eine gleiche Abfuhr erlitt er, da er sich in einer zweiten Rede zu einer Polemik gegen den Ostschutz aufwerfen wollte. Als sich darauf stud. iur. Victor, Mitglied der Sozialistischen Studentengruppe, gegen den ihm geltenden Zuruf „Gesindel!" verwahren wollte, wurde ihm die Antwort zuteil, daß ein Student, der sich, wie er es getan, gegen die Kaiserbüste mit verächtlicher Handbewegung gewandt habe, keine andere Bezeichnung verdiene. Lauter studentischer Beifall folgte diesen Worten.

Nachdem des weiteren noch mehrfach für einen sofortigen Eintritt aller Studierenden in die Freiwilligenverbände gesprochen worden war, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Not der ausgewiesenen Elsaß-Lothringer

Ueber dieses Thema sprach am Donnerstag abend Stadtrat Gilg aus Kolmar vor einer öffentlichen Versammlung im Mozartsaale. Geh. Studienrat Gneiße von der Ortsgruppe Halle des Hilfsbundes für die Elsaß-Lothringer im Reich stellte nach Begrüßung der Erschienenen fest, daß trotz des schwachen Besuchs der Veranstaltung das lebhafteste Interesse für die Sache der ausgewiesenen Elsaß-Lothringer in Halle besteht und ihnen ein volles Verständnis und warme Teilnahme entgegengebracht werden. Dann stattete Redner allen denen herzlichen Dank ab, die Elsaß-Lothringern hier Unterkunft gewährt und sich ihrer in edler Menschenliebe angenommen haben.

Ein äußerst trübes Bild war es, das sodann Stadtrat Gilg von dem Schicksal der ausgewiesenen Elsaß-Lothringer, zu denen auch er gehört, entrollte. Nach Eintritt des Waffenstillstandes wurde — so führte der Vortragende aus — die vollständige Post- und Grenzsperre in Elsaß-Lothringen durch die Franzosen eingeführt, viele Alldeutsche wurden verhaftet, Offiziere nach Frankreich abtransportiert. Besonders hart wurden die Familien betroffen, die durch den Krieg seit langem keine Nachricht voneinander hatten und deren Lage dadurch noch bedauerlicher wurde. Die Franzosen entsetzten zunächst die höheren politischen Beamten ihres Amtes und schoben sie nach der Grenze ab, wobei sie vom Pöbel beschimpft wurden. Durch Denunzianten wurden die Deutschen in Elsaß-Lothringen unmöglich gemacht. Die Geschäftsleute verschleuderten ihre Ware zu den niedrigsten Preisen, um nur etwas zu retten und aus dem Lande zu kommen. Angestellten und Arbeitern wurde überall gekündigt, sogar in großindustriellen Werken war für sie kein Platz mehr. Die Zahl der bis jetzt Ausgewiesenen beträgt 30000—35000. Viele der Bedauernswerten müssen ihr Vermögen im Stich lassen, andere wieder erleiden bei Verkäufen großen Schaden, weil der Franzose den Wert der Mark sehr zu seinen Gunsten umrechnet. Weiter werden die Ausgewiesenen daran gehindert, ihre Möbel usw. mitzunehmen, Gepäck wird ihnen an der Grenze bei der Revision vielfach abgenommen oder gestohlen. So kommen viele Familien in Deutschland an, die nichts mitbringen. Jede Woche treffen noch, da die Ausweisungen andauern, zwei Transportzüge aus Elsaß-Lothringen hier ein. Viele Ausgewiesene wissen auf den Uebergangsstellen nicht, wohin sie sich wenden sollen. Viel ist für die Ausgewiesenen bereits getan worden, aber noch manches bleibt zu tun. Halle hat sich in der Hilfsaktion rühmlich hervorgetan, indem die Stadt 10000 Mark stiftete. Es konnte eine Hilfstätigkeit ins Leben gerufen werden, die sich heute über das ganze Reich verbreitet. Neben der Sorge um geeignete Unterkunft handelt es sich bei den Vertriebenen vor allem um die Gründung einer neuen Existenz. Leider begegnet die Anstellung der zu uns kommenden Beamten großen Schwierigkeiten, da ohnehin schon bei uns ein Beamtenüberfluß besteht. Deshalb wehren sich die Einzelstaaten gegen die Anstellung der vertriebenen Beamten, denen das Reich dadurch hilft, daß es ihnen die Gehälter vorläufig weiterzahlt. Ungünstiger ist die Lage der Gewerbetreibenden und Arbeiter infolge der Arbeitslosigkeit. Arbeiter- und Betriebsräte weigern sich, elsaß-lothringische Arbeiter unterzubringen; ja es sind sogar, z. B. in Freiburg i. B., Ausweisungen erfolgt. Hierin muß auf jeden Fall Besserung geschaffen werden. Die Elsaß-Lothringer haben unter den Lasten des Krieges neben den Ostpreußen am meisten zu leiden gehabt, deshalb muß man ihnen überall eine herzliche Aufnahme bereiten und sie unterstützen. Es sind die Schlechtesten nicht, die zu uns kommen; entweder haben sie das Deutschtum hochgehalten oder sie haben etwas Tüchtiges geleistet. Unser Land kann nur gewinnen, wenn die Ausgewiesenen dem Deutschtum erhalten bleiben.

Aus dem Schwurgericht

Jugendlicher Aufrührer.

In der Schwurgerichtssitzung vom 8. Mai unter dem Vorsitz des Oberlandesgerichtsrats Schimmelpfennig wurde gegen den Arbeiter Max Großmann wegen Aufruhrs verhandelt. Der Angeklagte ist am 12. Februar 1901 geboren, hat vom Juni bis Dezember 1918 in Kiel bei der Marine gedient und ist am 27. Januar 1919 vom Militär entlassen. Er gibt an, am Sonnabend, den 1. März, nachmittags im Auftrage seines Vaters Kohlen gefahren zu haben. Als er mit dem Geschirr auf dem Marktplatze angelangt sei, habe er nicht weiter gekonnt, weil sich anläßlich der Ankunft der Landesjäger eine große Menschenmenge angesammelt hatte. Er habe sein Geschirr darauf stehen lassen und sich vor dem Rathause aufgestellt. Die Angaben werden bestätigt durch das Zeugnis eines befreundeten jungen Mannes, der an dem Nachmittage die Fahrt mitgemacht hat. Nachdem G. dann zu Hause gewesen sei, habe er sich in der Brunnenschule ein Gewehr und 50 scharfe Patronen geben lassen und sei dann wieder in die Stadt gegangen. Auch am 2. März ist er zuerst morgens, dann wieder am Nachmittag in die Stadt gegangen, und zwar in Matrosenuniform und mit Gewehr. In der Geiststraße sei aus dem Hause gegenüber der Adlerapotheke geschossen worden, weshalb er das ganze Haus bis in den vierten Stock erfolglos nach dem Schützen durchsucht habe; er erhielt auf seine Fragen zur Antwort, daß aus dem Hause aber überhaupt nicht geschossen worden sei. Gegen ¼4 Uhr sei er dann vor dem Stadtheater in der Kapellengasse gewesen und auf etwa 15 Minuten hineingegangen, um sich die Schäden anzusehen. Es seien zu der Zeit nur zwei Leute anwesend gewesen, auch sei nicht geschossen worden. Die ganze Nacht hat er dann, wie von zwei Zeuginnen bestätigt wurde, in der Geiststraße vor einem Hause gewacht, um den darin befindlichen Zigarrenladen zu beschützen, wobei er einige Zigarettten bekommen, angebotenes Geld aber nicht genommen habe. Tatsächlich ist das Haus auch vor dem Plündern bewahrt geblieben. Zwei Zeugen, die mit dem Angeklagten gut bekannt sind, machen Aussagen, die ihre Mittäterschaft dem Staatsanwalt hinreichend verdächtig erscheinen ließ, weswegen sie in Haft genommen wurden.

Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach einfachem Aufruhr und sprachen den Angeklagten schuldig, unter erschwerenden Umständen Waffen zurückbehalten zu haben, die er hätte abliefern müssen, ferner sich einem bewaffneten Haufen angeschlossen zu haben, der sich unbefugterweise gebildet hatte, sowie unbefugt eine Uniform getragen zu haben. Das Gericht verurteilte den Angeklagten darauf zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten, sowie zu 3 Wochen Haft, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurde; außerdem wurde auf 5 Jahren Ehrverlust erkannt.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Städtischer Verkauf von Roßspeisefett** in der Talamtschule am Sonnabend, den 10. Mai. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 57501—61000 vormittags von 8—1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 35 Pfg. abgegeben werden. Gefäße sind mitzubringen. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Ackerbohnen.** Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, bei den von ihnen gewählten Großfirmen, die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Ackerbohnen am Sonnabend, den 10. Mai und am Montag, den 12. Mai, abzuholen. Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

— **Seefischverkauf.** Infolge Transportverzögerung findet der für heute festgesetzte Verkauf erst morgen, Sonnabend, den 10. Mai, statt. Die aufgerufenen Nummern bleiben dieselben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen.

— **Die Ausgabe der Warenbezugsscheine Serie 22** findet zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken in der Woche vom 12. bis 17. Mai in den städtischen Markenausgabestellen statt.

— **Konservativer Verein für Halle und den Saalkreis.** In der gestrigen Vorstandssitzung wurde Studienrat Dr. Suchsland zum 1., Professor Dr. Holdefleiß zum 2. und Pastor i. R. Riedel zum 3. Vorsitzenden, Kaufmann Paul Mertens zum Geschäfts- und Kassenführer gewählt.

— **Die Büroräume des Umsatzsteueramtes** für den Stadtkreis Halle und des Gewerbesteuerbüros befinden sich ab Montag, den 12. Mai, im Grundstück Rathausstraße 17 I (bisher Kleine Steinstraße 8). Die Angelegenheiten der Hunde- und Betriebssteuer werden Rathausstraße 1 II, Zimmer 98, bearbeitet.

— **Bucheckernsammlung.** Die Sammler von Bucheckern werden vom Magistrat hiermit darauf hingewiesen, daß die noch nicht zur Ablieferung gekommenen Bucheckern bis spätestens 15. d. M. an die Sammelstelle abzuliefern sind, da von diesem Zeitpunkte ab Bucheckern nicht mehr abgenommen und Schlagscheine nicht mehr erteilt werden. Das etwa ohne Schlagschein gewonnene Oel unterliegt der Ablieferungspflicht.

— **Bei der Sparkasse des Saalkreises** betrugen im Monate April 1919 die Einzahlungen 2548705 Mark in 5093 Posten, gegen 1764004 Mark in 6616 Posten im gleichen Monate des Vorjahres. Die Rückzahlungen betrugen 1654570 Mark in 2777 Posten gegen 848394 Mark in 2144 Posten im gleichen Monate des Vorjahres.

— **General Maercker in Naumburg.** Wie das „Naumburger Tageblatt" erfährt, kommt der Stab der Landesjäger nicht nach Halle, sondern nach Naumburg. General Maercker ist mit seinem Stabe, aus Braunschweig kommend, gestern vormittag in Naumburg eingetroffen und wird dort Wohnung nehmen.

— **Die Heimarbeiterinnen und der Friede.** Die hiesige Ortsgruppe des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen teilt uns mit: Der Hauptvorstand des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschließung zu den Friedensverhandlungen angenommen: „20000 organisierte Heimarbeiterinnen, Frauen, die vor der Annahme der Waffenstillstandsbedingungen bereits erklärt hatten, daß sie lieber weiterhungern und leiden wollten, als daß Deutschland um ihrer und ihrer Kinder willen einen Frieden schlösse, der seine Ehre versehrte, erklären der deutschen Regierung: Es darf kein Friede geschlossen werden, der irgendwie über die vierzehn Punkte Wilsons hinausgeht. Schon sie bedeuten für Deutschland schwerste Zukunft, aber doch auch die Möglichkeit allmählichen Wiederaufbaus. Nichts über sie hinaus ist annehmbar. Weder das Drohen der Feinde noch die kommende Not darf uns schwach machen. Ein Volk hat mehr zu verlieren als materielle Güter. Nichtswürdig — und keiner Auferstehung wert — ist die Nation, die nicht ihr alles freudig setzt an ihre Ehre!

— **Zur Dienstbotenfrage.** Aus dem Mittleren Arbeiterrat wird uns geschrieben: „Infolge wiederholter Anfragen aus Dienstbotenkreisen hat sich der Mittlere Arbeiterrat mit der Polizei in Verbindung gesetzt, um über die Rechtslage der Dienstbotenfrage Klarheit zu gewinnen. Nach reichlicher Aussprache mit der derzeitigen Polizeistelle geben wir den Interessenten folgende Winke bekannt: Nachdem das Gesinderecht gefallen ist, unterstehen die Dienstboten nunmehr dem Bürgerlichen Gesetzbuche. Demzufolge steht der Herrschaft kein Züchtigungsrecht mehr zu. Ebenso darf auch das Dienstbuch nicht mehr benutzt werden. Gleichzeitig haben die Gesindevermieter und auch die Herrschaften kein Recht, das Gesindebuch zu verlangen. Bei Verabreichung von Zeugnissen sind dieselben auf einem Bogen Schreibpapier zu verzeichnen. Auf Verlangen der Dienstboten kann das Zeugnis auf Führung und Leistung ausgedehnt werden. Der Dienstbote kann das Zeugnis polizeilich stempeln lassen. Allerdings steht der Polizei das Recht zu, eine Prüfung der Unterschrift der Herrschaft zu veranlassen. Scheidet der Dienstbote infolge Differenzen aus der Dienststelle aus, so hat die Herrschaft kein Recht, das Zeugnis zu verweigern oder irgend welche Habseligkeiten des Dienstboten zurückzubehalten. Geschieht dies dennoch, so kann der Dienstbote polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen. Auf jeden Fall steht aber dem Dienstboten das Recht zu, gegen die Herrschaft Klage beim Amtsgericht wegen Nötigung usw. einzureichen."

— **Die Kriegsgefangenenfürsorge der Roten Kreuz-Vereinigungen** für den Stadtkreis Halle und den Saalkreis und die Bundesleitung für den Regierungsbezirk Merseburg des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen sind diesen Sonnabend und nächsten Montag wegen Behinderung ihres Leiters, Juwelier Tittel, geschlossen.

— **Der Verein ehemaliger 20er** hat am 13. Mai abends 8½ Uhr im Vereinslokal „Koburger Hofbräu" Monatsversammlung.

— **Einen Lichtbildervortrag über Ruanda** wird der aus Anlaß der 41. Sächsischen Missionskonferenz anwesende Missionar Pastor Roehl, der den Krieg in Deutschostafrika miterlebt hat, am Sonntag abend um 8 Uhr im Paulusgemeindehaus halten.

— **Bruno Heydrichs Konservatorium für Musik und Theater.** Der mit großem Erfolge aufgenommene Opern- und Schauspielabend in Kostümen, zu dem viele Interessenten keine Eintrittskarten mehr erhalten konnten, wird am Dienstag, den 13. Mai, abends um ½8 Uhr im Saale des Konservatoriums vielseitigen Wünschen entsprechend, wiederholt. Eintrittsprogramme sind vom Sonnabend ab im Sekretariat erhältlich.

— **Der Kindergottesdienst an St. Ulrich** findet am nächsten Sonntag in Gestalt eines Missionsgottesdienstes um 5 Uhr statt.

— **Zeitbilder der „H. Z."** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus: Mit der Hallerschen Polen-Armee quer durch Deutschland. Die amerikanische Kontroll-Kommission, welche die Transporte begleitet. Rechts deutsche Feldgendarmen. Berlin Galopp-Premieren in Karlshorst am 2. Ostertag. Während des Mars-Jagd-Rennens. Das erfolgreiche motorlose Luftsegel-Flugzeug auf dem Tempelhofer Felde. Der Start mit dem Luftsegler. Der Apparat hat eine Spannweite von 14 m und eine Länge von 8,50 m und konnte bis zu einer Höhe von 50 m fliegen.

— **Einbruchsdiebstähle.** Gestern nachmittag drangen Diebe durch ein offenstehendes Fenster in eine Kellerwohnung in der Blumenthalstraße und entwendeten Kleidungsstücke im Werte von etwa 1200 Mark. Die Täter sind noch nicht ermittelt. — In letzter Nacht wurden aus einem Hühnerstalle in der Reilstraße 11 Hühner gestohlen und an Ort und Stelle abgeschlachtet.

— **Unfug.** Am 8. Mai gegen 9,40 Uhr nachmittags wurden in der Großen Ulrichstraße, auf dem Mühlweg und an der Wettiner Straße von noch nicht ermittelten Tätern Sprengkapseln auf die Straßenbahnschienen gelegt, die beim Ueberfahren zur Explosion gebracht wurden. Es ist niemand zu Schaden gekommen.

*

— **Stadttheater.** Heute Freitag 7½ Uhr wird „Der Bürger als Edelmann" erstmals wiederholt. Sonnabend „Aida" von Verdi. Sonntag nachmittag 3½ Uhr Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Das Dreimäderlhaus", abends 7½ Uhr „Die Rose von Stambul". Montag „Carmen".

— **Walhalla-Operettentheater.** Die mit großem Erfolge aufgenommene Operette „Der Zigeunerprimas" wird am Sonntag zweimal aufgeführt. Die Titelrolle wird auch nachmittags von Gustav Bertram gespielt.

Provinz Sachsen

— **Merseburg,** 9. Mai. (Die erste Abteilung der Landesjäger.) Wie wir schon mitteilten, ist in den Regierungsbezirk Merseburg die Reichswehrbrigade 16 (Landesjägerkorps) verlegt. Als dauernde Garnison ist die 1., 2. und 3. Kompagnie der Landesjäger unserer Stadt zugewiesen. Die Truppen sind dieser Tage eingetroffen und sind in der Kaserne untergebracht worden, während die Offiziere in Privaten einquartiert wurden.

p. **Lauchstedt,** 8. Mai. (In der Stadtverordnetenversammlung) fanden über die vom Landkraftwerk Leipzig, A.-G., zu Kulkwitz erhöhten Strompreise für Licht und Kraft Erörterungen statt. Vorläufig hat die Stadt den erhöhten Tarif angenommen, aber sich vorbehalten, jederzeit von der Vereinbarung zurückzutreten. Der starke Einlagenzustrom zur Stadtsparkasse veranlaßte diese, die Restschuld auf den Schulbau — 48000 Mk. — zu tilgen. Die Märkte werden in Zukunft von der Lindenstraße auf den Marktplatz verlegt.

△ **Löbejün,** 9. Ma. (Für unsere Kriegsgefangenen.) Zwei von unseren Kriegsgefangenen sind heimgekehrt; noch 39 heimische Krieger sind in Gefangenschaft, und zwar in Rußland, Egypten, Frankreich, England. Ihnen allen soll bei ihrer Heimkehr ein würdiger Empfang bereitet werden. Darum wird am nächsten Sonntag im Saale der „Börse" der 39. vaterländische Volksabend veranstaltet, dessen Einnahmen für die Kriegsgefangenen bestimmt sind.

l. **Teuchern,** 8. Mai. (Zu Kreistagsabgeordneten) wurden hier Bürgermeister Zimmermann und die beiden Unabhängigen Roßschlächter Hinniger und Arbeiter Scharfenberg, im Amtsbezirke Teuchern-Nessa Amtsvorsteher König und zwei Unabhängige, in Hohenmölsen gleichfalls ein Sozialdemokrat, in Osterfeld-Schkölen Schlossermeister Nachtigall und ein Sozialdemokrat gewählt.

l. **Derben,** 7. Mai. (Eine öffentliche politische Versammlung) fand auf Veranlassung des Deutschnationalen Volksvereins für den Kreis Jerichow II hier statt. Parteisekretär Kamps sprach über die Ziele der Partei. Hinsichtlich der Kreistagswahlen führte Redner aus, daß die rechtsstehenden Parteien gewünscht hätten, daß die Kreistage ruhig ihre Arbeit hätten fortsetzen können, und daß bei Neuwahlen die politischen Gesichtspunkte gänzlich ausgeschaltet worden wären, weil es bisher zum Segen der Kreise gang und gäbe war, daß nur solche Männer in den Kreistag gewählt wurden, die Liebe zur engeren Heimat und große Sachkenntnis für die Bedürfnisse des platten Landes besaßen. Zweckmäßige Reformen des Wahlrechts im Wege der ordentlichen Gesetzgebung hätte die Rechte deswegen nicht abgelehnt. Aber die Demokraten und vor

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0005
DFG

allem die Sozialdemokraten wollten es anders haben und auch in den Kreistag den parteipolitischen Kampf hineinzutragen, um ihn, wenn möglich, ganz für sich zu erobern. — Eine Entschließung, in der gegen einen Gewaltfrieden Protest erhoben wird, wurde von der Versammlung angenommen.

× Magdeburg, 7. Mai. (Seinen 80. Geburtstag) begeht am 8. Mai in bemerkenswerter körperlicher und geistiger Frische in Magdeburg Wilhelm Splittgerber, von 1871 bis 1918 Chefredakteur der Magdeburgischen Zeitung.

δ. Eisenach, 9. Mai. (Der Verband Deutscher Apotheker) hält am 25. Mai in Eisenach seinen 12. Verbandstag ab.

δ. Eisenach, 9. Mai. (Die überflüssigen Kasernen.) Die Militärverwaltung des 11. Armeekorps stellt gegenwärtig darüber Erhebungen an, inwieweit die Kasernen derjenigen Städte, die künftighin nicht wieder mit Militär belegt werden, ganz oder teilweise den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden können.

— Eilenburg, 9. Mai. (Der Schneiderstreik beendigt.) Im Schneidergewerbe ist es gestern nach zehntägigem Ausstand der Gehilfen zu einer Einigung zwischen den beiderseitigen Organisationen gekommen, so daß die Gehilfen gestern mittag die Arbeit wieder aufgenommen haben. Zu der bestehenden Teuerungszulage von 115 Prozent kommt eine Lohnerhöhung von etwa 60 Prozent auf die bisherigen Grundlöhne. Ein Tarif mit längerer Befristung konnte nicht abgeschlossen werden, da voraussichtlich in den nächsten Monaten eine erneute Lohnbewegung über das ganze Reich zu erwarten ist, bei der an Stelle der bisherigen Stücklöhne die Zeitlöhne gefordert werden sollen.

R. Dessau, 9. Mai. (Holzmassendiebstähle und Forstschutz.) Im Staatsrat für Anhalt fand heute eine eingehende Besprechung über die Frage statt, wie man der Verwüstung der anhaltischen Wälder durch Holzdiebstähle, namentlich in der Umgegend Dessaus, Einhalt tun könne. Die Holzdiebstähle seien im allgemeinen durch den großen Holzmangel veranlaßt, der in Dessau besonders noch durch die Gassperre verschärft sei. Daneben existieren aber gewerbsmäßige Holzdiebe, die das Holz lediglich zum Zwecke der Veräußerung und des Gewinnes halber gestohlen hätten. Sehr bedenklich seien indessen die Folgen der sinnlosen Forstverwüstung, ganze Forstorte von bestem Nutzholz seien total vernichtet worden. Den Beamten seien die Diebe mit Waffengewalt entgegengetreten. Man habe die Wildgatter zerstört und gestohlen und hierdurch dem Wild den Austritt ermöglicht. Dadurch würden die Felder verwüstet und der Volkswirtschaft ein schwerer Nachteil zugefügt. Um das dringendste Bedürfnis der Stadt Dessau zu decken, will die Hofkammer der Stadt das erforderliche Holz zur Verfügung stellen. Um dem Holzfrevel Einhalt zu tun, sind Posten der Volkswehr an den Wäldern aufgestellt worden und es werden umfassende Haussuchungen nach gestohlenem Holze vorgenommen werden.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung“ gestattet

Hallesche Pfännerschaft A.-G.

✱ Die Hallesche Pfännerschaft A.-G. zu Halle hält am 15. d. M., vormittags um 11 Uhr, im Hotel „Stadt Hamburg“ ihre 7. ordentliche Generalversammlung ab. Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr schreibt der Jahresbericht u. a.: Die Entwicklung des abgelaufenen Geschäftsjahres zeigt, hervorgerufen durch die bekannten politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, kein einheitliches Bild. In den ersten drei Vierteljahren boten die Betriebsergebnisse nach jeder Richtung hin erfreuliche Aussichten. Die letzten Monate dagegen machten diese nicht nur zunichte, sondern brachten derartige Rückschläge, daß das Gewinnergebnis stark beeinträchtigt worden ist. Die während des Krieges in großem Umfange zur Arbeit herangezogenen Kriegsgefangenen verweigerten plötzlich die Weiterarbeit und mußten schließlich abtransportiert werden. Die Einstellung geeigneter deutscher Arbeiter konnte nur sehr allmählich durch Anwerbung aus anderen stilliegenden Industrien, vor allem in Sachsen und Bayern, erfolgen. Bei allen diesen deutschen Ersatzarbeitern handelte es sich jedoch nicht um gelernte Bergarbeiter, so daß an sich die Leistung derselben mit Rücksicht auf die erst nötige Einarbeitung nur gering war. Außerdem aber schwand durch die politischen Ereignisse die Arbeitslust auch bei dem alten Bergarbeiterstamm immer mehr und mehr und es ging infolgedessen die Arbeitsleistung auf einen Bruchteil der früheren normalen Leistung zurück. Auf der anderen Seite brachten uns die sehr erheblichen Lohnerhöhungen gleichzeitig mit der Verkürzung der Arbeitszeit, ferner die fortgesetzte Steigerung der Preise aller Verbrauchsmaterialien eine derartige Erhöhung der Selbstkosten, daß sie durch die Erlöse keine Deckung mehr finden konnten. — Zur Ergänzung und Abrundung unserer Grubenfelder Pfännerhall und Senftenberg sind auch im Berichtsjahre wieder erhebliche Kohlenfeldankäufe durchgeführt worden. Die günstigen Aussichten des ersten Teils des Berichtsjahres veranlaßten uns, die schon früher in Aussicht und zum Teil bereits in Angriff genommenen Vergrößerungen und Verbesserungen auf unseren Anlagen weiter durchzuführen. Es müssen auch im laufenden Geschäftsjahr hierfür noch weitere Kapitalien festgelegt werden, die sich jedoch nach Beendigung der Bauten durch eine Herabsetzung der Selbstkosten und Rentabilität verhältnismäßig schnell werden amortisieren lassen. Die sich weiter außerordentlich verschärfende Wohnungsnot, sowohl im mitteldeutschen wie auch im Niederlausitzer Braunkohlengebiet, veranlaßte uns zum verstärkten Ankauf von Wohngebäuden, um einen Teil unserer Arbeiter in Werkswohnungen unterzubringen und dadurch auf unseren Werken seßhaft zu machen. — Nach der Gewinn- und Verlust-Rechnung vom 31. Dezember 1918 haben wir durch den Betrieb unserer Werke nach Abzug aller Betriebs- und Instandhaltungskosten und aus den Pachteinnahmen u. a. m. erzielt: einen Gesamtertrag von 2 319 567 Mk. Davon waren aufzuwenden: für Verwaltungskosten, Steuern, Abgaben und Zinsen 720 910 Mk., für Kriegsfürsorgekosten 71 131 Mk., für Kursverlust auf Effekten 73 770 Mk., demnach Rohgewinn 1 453 754 Mk. Die Abschreibungen betragen 910 106 Mk., so daß zuzüglich Gewinnvortrag aus 1917 mit 118 406 Mk. als Reingewinn verbleiben 662 055 Mk. Wir beantragen, diesen Reingewinn wie folgt zu verteilen: Ueberweisung an die gesetzliche Rücklage 30 000 Mk., Ausschüttung von 5 Proz. Dividende 450 000 Mk., Gewinnanteile an Vorstand, Beamte und Aufsichtsrat 58 235 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 123 819 Mk.

Industrie, Handel, Handwerk

Mitteldeutsches Braunkohlensyndikat. Die Mitteldeutschen Braunkohlenwerke beschlossen in einer abgehaltenen Sitzung die schon von uns angekündigte Bildung eines Mitteldeutschen Braunkohlensyndikats, dem die Magdeburger, Anhaltischen, Halleschen, Altenburgischen und Sächsischen Werke angehören sollen. Von der Bildung eines besonderen Syndikats für Sachsen ist also abgesehen worden.

J. E. Reinecker Akt.-Ges. in Chemnitz. Anläßlich der von der Verwaltung beantragten Liquidation der Gesellschaft haben Besprechungen von Vertretern der sächsischen Regierung und der Leitung des Unternehmens stattgefunden. Hierbei erklärte die letztere, daß infolge der exorbitanten Lohnforderungen die Gesellschaft an den Aufträgen Geld zusetze. Die Leitung habe deshalb die Pflicht, den drohenden Zusammenbruch durch Auflösung der Gesellschaft aufzuhalten und zu retten, was noch zu retten ist. Von Regierungsseite wurde gegenüber den Forderungen der Arbeiter betont, daß von der Sozialisierung eines Unternehmens, das nicht mehr lukrativ sei, keine Rede sein könne.

Die Westfälisch-Anhaltische Sprengstoff-Akt.-Ges. zu Berlin erweitert den Gegenstand des Unternehmens auf die Herstellung und den Vertrieb chemischer Produkte aller Art unter entsprechender zusätzlicher Firmenänderung.

Gesellschafts-Abschlüsse

„Adler“ Deutsche Portland-Zementfabrik Akt.-Ges. in Berlin. Die Abrechnung für 1918 ergibt nach 446 472 (673 986) Mk. Abschreibungen 1 164 998 (1 424 955) Reingewinn. Davon wurden 830 000 Mk. gleich 6 (10) Proz. Dividende verteilt. Laut Bericht haben Produktion und Versand der Werke nur 20 Prozent der Friedensproduktion betragen und sind hierdurch die Herstellungskosten erheblich gesteigert worden. Hierzu tritt die erhebliche Steigerung der Kohlenpreise und Löhne. Dagegen ließen sich ältere Bestände gut verwerten. Die Verkaufsverbände der Zementindustrie, denen alle deutschen Fabriken mit verschwindend kleinen Ausnahmen angeschlossen sind, erfüllen die Erwartungen.

Neue Kriegs- und Friedensgesellschaften? Anscheinend ist nicht nur die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft, wenn auch in gewissen anderen Formen, geplant, sondern auch darüber hinaus sollen Industrie, Landwirtschaft und Handel weiter kaserniert werden. Präsident Dr. Mafeld verlangt eine parlamentarische Prüfungskommission, um folgendes zu prüfen: Welches Wirtschaftsaufbauprogramm wird vorgeschlagen? Welche Waren befinden sich auf den Dringlichkeitslisten? Ist der deutsche Exporthandel in der Lage, durch Personalkredite oder durch eine Valutaanleihe die Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen auf längere Zeit zu sichern?

„H. Z.“ Sportberichte

Der Fußballsport am Sonntag

Außerordentlich reges Leben wird der kommende Sonntag für unsere Sportvereine, besonders für unsere 1. Klasse im Saalegau bringen. Auch auswärts werden sich Hallesche Mannschaften betätigen, so daß es an Maßstäben für das Können unserer heimischen 1. Klasse nicht fehlt. Es ist geradezu erstaunlich, wie die Vereine trotz der großen Schwierigkeiten es immer wieder verstehen, ihre Mannschaften nach auswärts bzw. von auswärts nach hier zu bringen. Das Entgegenkommen der Eisenbahnverwaltung läßt sehr zu wünschen übrig, so daß die Fußballmannschaften nur unter großen Kosten reisen können. So mußte der hiesige Sportverein 98 vor einigen Wochen die Reise nach Leipzig mit dem Omnibus antreten und Halle 96 ließ am letzten Sonntag seinen Gegner aus Leipzig per Auto herüberkommen, was, wie wir hörten, mehr als 500 Mk. gekostet haben soll. Daß derartige Zustände unhaltbar sind und den Vereinen auf die Dauer nicht zugemutet werden kann, ihre Gelder auf so nutzlose Art anzulegen, liegt auf der Hand. Ohne gegenseitigen Austausch der Kräfte aber kann der Sport nicht gedeihen. Es wurde die höchste Zeit, daß den Vereinen durch Spiele mit fremden Mannschaften neue Anregung gegeben wurde. Unser Sport hätte sonst stagniert. Die jungen Leute hätten die Sportplätze nicht mehr aufgesucht und sich anderen, weniger gesunden Beschäftigungen zugewandt. Es ist darum mit hoher Freude zu begrüßen, daß unsere Fußballmannschaften kommenden Sonntag reiche Gelegenheit haben werden, ihre Kräfte mit fremden Kräften messen zu können.

Als ein sportliches Ereignis von größter Bedeutung ist ferner das Spiel von

Vorwärts-Berlin gegen Sportfreunde.

Die Berliner spielen in der Liga und sind eine sehr schnelle und gefährliche Mannschaft. Vorwärts war bereits einmal in Halle als Gast unserer 98er und hat hier den besten Eindruck hinterlassen. Bringen die Berliner ihre volle Mannschaft nach hier, dann werden die Sportfreunde Haare lassen müssen, denn ihre letzten Resultate sind recht bescheiden gewesen. Wir wünschen der heimischen Elf recht viel Glück in dem Spiele, damit die Farben unserer Stadt würdig vertreten werden.

Leipzig sendet zwei seiner bekanntesten Mannschaften nach Halle, da drüben Spielverbot ist. Anläßlich des Verbandstages, der Sonnabend und Sonntag in Leipzig stattfindet, spielen drüben zwei Auswahlmannschaften gegeneinander, aus denen die Pokalmannschaft des Verbandes zusammengestellt werden soll. Die Leipziger Mannschaften benutzen den spielfreien Sonntag, nach auswärts zu fahren. Es wird in Halle spielen:

Fortuna-Leipzig gegen Wacker-Halle.

Wenn auch Fortuna ohne ihren besten Mann Fenstel, der in der Auswahlmannschaft in Leipzig spielen muß, antreten wird, so ist doch ein fesselnder Kampf zu erwarten, da die Gäste sehr spielstark sind. Das letzte Spiel der beiden Mannschaften gewann Fortuna mit 4 : 3. Wacker hat sich jetzt wieder sehr herausgemacht, denn der Sieg über Sportverein 98 mit 3 : 0 am letzten Sonntag zeigte, daß die Blauweißen ihre Schwäche überwunden haben. Es ist mit einem Siege Wackers in dem Kampfe zu rechnen, wenngleich er sehr knapp ausfallen wird.

Dann werden sich noch

Eintracht-Leipzig und Sportverein 98-Halle

messen. Auch Eintracht wird nicht mit bester Mannschaft nach Halle kommen können, da ihr Torhüter Dölling ebenfalls in dem Auswahlspiel in Leipzig mitwirkt. Da aber auch der Sportverein in seinem letzten Spiele nichts Besonderes gezeigt hat, so ist mit einem Kampfe gleichwertiger Gegner zu rechnen. Eintracht hat eine Anzahl seiner besten Spieler verloren und ist lange nicht mehr so stark wie einst, als es sich den stolzen Titel Mitteldeutscher Meister errang. Wir glauben, daß der Sportverein in dem Spiele das knappe Ende für sich haben wird.

Ein größeres Ereignis verspricht noch die Einweihung des neuen Sportplatzes vom Fußballverein 1910 zu werden. Wenn auch 1910 keine erste Klasse spielt, so hat es doch eine kombinierte Mannschaft von

Favorit gegen 1910 I

gewonnen, um die Platzweihe in würdiger Weise begehen zu können. Stellt Favorit eine starke Mannschaft, dann ist ihr der Sieg nicht zu nehmen. Der neue Sportplatz liegt hinter der Pferderennbahn kurz vor Passendorf. Wir wünschen dem jungen aufstrebenden Vereine viel Glück zu seinem ersten Schritte wieder in die Oeffentlichkeit nach vier langen Kriegsjahren.

Borussia wird in Berlin gegen den dortigen Fußballklub Stern spielen, der in der vorigen Woche sein 30jähriges Bestehen feiern konnte und damit einer der ältesten Fußballvereine Deutschlands ist. Wenn Stern auch nicht ligaklassig ist, so spielt die Elf doch beste 1. Klasse und Borussia wird es nicht leicht haben, die Feuerprobe in dem Spiele zu bestehen.

Unser Gaumeister Halle 96 gibt seiner 1. Mannschaft einen wohlverdienten Ruhetag, um sie für die schweren Kämpfe für die Mitteldeutsche Meisterschaft, die am folgenden Sonntage beginnen, zu schonen.

✱

Der Verbandstag des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine

Am Sonnabend und Sonntag hält der Verband mitteldeutscher Ballspielvereine, einer der größten deutschen Sportverbände, in Leipzig im Künstlerhaus seinen ordentlichen Verbandstag ab. Die Tagung, die satzungsgemäß im Februar stattfinden mußte, war infolge der politischen Wirren zweimal verlegt worden. Hoffentlich ist ihr diesmal mehr Glück beschieden. Der Verbandstag sieht die Vorlegung des Haushaltsplanes und Festsetzung der Verbandskopfsteuern für das Jahr 1919/20 vor, die Zahl zweier Kassenprüfer und des Verbands-Athletik-Ausschusses nach Festlegung seines Sitzes, sowie Wahl des Ortes für den August-Verbandstag. Außerdem stehen über 50 Anträge auf der Tagesordnung, die zu bewältigen schwer halten wird, da mehr als zwei Verhandlungstage nicht in Frage kommen. Die wichtigsten Anträge beschäftigen sich mit einer Neugliederung des Verbandsgebietes nach Kreisen und nicht mehr nach Gauen. An Stelle der rund 20 Gaue sollen vier bzw. 6 Kreise gesetzt werden, die alle Selbstverwaltung erhalten sollen. Welcher von den Anträgen zur Annahme gelangen wird, ist schwer zu sagen, vielleicht wird man sich für sechs Kreise (Antrag des Verbandsvorstandes) entscheiden. Der Hauptzweck der neuen Einteilung ist die Einrichtung der Ligaklasse, um die Spielstärke der Mannschaften zu heben. Als ein einschneidender Antrag ist der von Preußen-Wacker (Magdeburg) anzusehen, der für jeden Verein nur 1 Stimme auf Verbandstagen vorsieht, während die Vereine bisher nach der Kopfzahl vertreten waren. Wenn dieser Antrag auch anderwärts, wie z. B. in Berlin zur Annahme gelangt ist, so ist doch kaum anzunehmen, daß er für Mitteldeutschland durchgeht, da er die größten Vereine mit den rheinischen Vereinen auf eine Stufe stellt. — Den Schluß des Verbandstages werden eine Anzahl Berufungen gegen die Entscheidungen des Hauptspielausschusses in Spielangelegenheiten bilden. — Wir werden unsere Leser über den Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen auf dem Laufenden halten.

✱

— Hallescher Fußballklub von 1910. Auf die morgen Sonntag, den 11. Mai, nachm. 3 Uhr stattfindende Sportplatz-Einweihung, sowie auf die Kranzspiele Favorit Ib gegen 1910 I und Sportverein 98 III gegen 1910 II sei hier nochmals hingewiesen. Während beiden Spielen Konzert, ausgeführt von der Görlachschen Kapelle.

— Die Spielvereinigung „Olympia“ im Allgemeinen Halleschen Turnverein E. V. hält am Sonnabend, den 10. Mai, abends 8 Uhr, im „Landsknecht“, Grünstraße 28, ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab.

— Vorwärts-Berlin, eine der besten Berliner Liga-Mannschaften, wird am kommenden Sonntag Gast des Halleschen Fußballvereins Sportfreunde sein.

Gewinn-Auszug
der
13. Preuss.-Südd. (239. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 2. Ziehungstag — 8. Mai 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 40000 M 48217
2 Gewinne zu 30000 M 21619
2 Gewinne zu 10000 M 33456
4 Gewinne zu 5000 M 26605 137679
66 Gewinne zu 3000 M 6747 17593 26823 42626 58595 [illegible]
65523 70357 70476 77063 86949 99321 100708 103178 107485 [illegible]
113897 117521 119584 131509 137421 138708 148065 149305 [illegible]
166382 177540 187162 189575 213313 216958 220656 228863
170 Gewinne zu 1000 M 81 1506 9632 10016 25557 [illegible] [illegible]
27515 30699 31741 33328 34578 42973 45096 54791 56816 64043 [illegible]
65928 68540 68775 69157 70853 71959 73098 75012 75962 76607 [illegible]
79537 80081 80166 88592 91022 92794 94449 101546 102301 [illegible]
107237 107260 110522 111122 111686 111947 118115 125449 [illegible]
126037 135036 135607 135835 138821 148537 148208 143323 [illegible]
157753 169638 168629 170390 170795 175777 178062 178939 [illegible]
179962 185305 185751 185848 185849 191815 193972 201343 [illegible]
210027 211375 212569 213667 216100 224455 227383 227964 [illegible]
229926
218 Gewinne zu 500 M 5060 10706 13284 14186 14894 [illegible]
16187 19379 21413 24348 25013 27081 27554 33740 38552 38881 [illegible]
41744 47085 47518 48127 49254 49471 50505 51730 56200 60464 [illegible]
62506 62558 70023 71608 74761 76197 77515 78714 82855 84552 [illegible]
89312 89614 90459 91044 91724 93589 94778 94936 95097 99806 [illegible]
107558 107871 110028 110571 111495 113541 122258 126116 [illegible]
137216 138100 143147 145517 146047 151243 151722 153480 [illegible]
154095 157073 157181 157871 159626 164797 166135 168947 [illegible]
174690 175982 179727 180465 180743 182636 186324 187446 [illegible]
195062 196691 196872 201799 202290 203029 204516 208127 [illegible]
212326 216205 217905 220256 221426 221949 221969 223501 [illegible]
225176 226212 227915 229204 229377

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

2 Gewinne zu 10000 M 114683
8 Gewinne zu 5000 M 60361 118841 144705 172093
72 Gewinne zu 3000 M 6808 21529 21726 33130 40824 [illegible] [illegible]
48908 51947 64718 73822 76102 86757 92752 96439 97347 104269 [illegible]
115878 132015 136635 137255 159687 164532 170986 174398 [illegible]
187253 197857 200743 203295 212564 215831 220313 223785 [illegible]
163 Gewinne zu 1000 M 4940 5221 6211 8918 9839 17990 [illegible]
22557 23319 25556 34658 35290 35999 37367 41963 46419 47123 [illegible]
58947 59186 59603 59930 62956 63300 63559 66456 69712 76000 [illegible]
80830 81300 81954 93389 94179 94463 95984 102702 104703 107173 [illegible]
110312 111081 118918 124002 124783 130504 130710 131292 [illegible]
136077 137917 138219 139528 139671 141095 148195 150137 [illegible]
152002 157620 166070 169501 170343 179918 182435 185798 [illegible]
189339 191148 191534 194993 203157 204537 206446 208955 [illegible]
210962 216159 217175 218988 225347 226482 232798 233353
184 Gewinne zu 500 M 926 1506 5961 7448 7963 9126 [illegible]
12731 13717 15846 20611 23081 24745 25403 25514 31087 35016 [illegible]
41849 42385 45015 48307 48793 51114 52378 52658 55758 59863 [illegible]
71672 75097 78021 79400 79651 84502 84706 96016 96037 97638 [illegible]
106912 108351 109230 117700 123277 123557 125872 126162 [illegible]
128362 128770 131475 134915 137814 138026 140691 142694 [illegible]
151425 151877 153318 156031 157873 158789 160209 166170 [illegible]
176477 178320 179536 182976 188060 191825 192038 192474 [illegible]
197294 201113 202850 206395 207140 209107 210237 210339 [illegible]
210746 211139 224103 228555 229676 232199 232240

Bekanntmachung.

Die Ermittelung des Wahlergebnisses der am 4. Mai dieses Jahres stattgefundenen Kreistagswahl zum 12. Wahlbezirk findet Sonnabend, den 10. Mai, nachmittags 4 Uhr durch den Wahlausschuß im Kurt Barthschen Lokale hier in öffentlicher Sitzung statt. Jeder Wahlberechtigte hat Zutritt.

Kleinkugel, den 8. Mai 1919

Franz Walther, Wahlkommissar.

Bekanntmachung.

Die Ermittlung des Wahlergebnisses der am 4. d. M. stattgefundenen Kreistagswahl im 7. Wahlbezirk findet Sonnabend, den 10. Mai, vormittags 9 Uhr, im Ackermannschen Gasthofe zu Kaltenmarck statt.

Jeder Wahlberechtigte hat Zutritt.

Trebitz a. B., den 7. Mai 1919.

Sickert, Wahlkommissar.

Fürs Vaterland — Roman aus großer Zeit von Anna Gra[…] ✧ Preis 3,50 Mk.

Unzählige, die durch den Krieg Schweres erlitten haben, werden in diesem Buche Trost und Erbauung finden. Durch die schlicht-warmherzige Schreibweise weiß die Verfasserin einen ergreifenden Eindruck zu hinterlassen. Es ist etwas Hohes und Heiliges um das Vaterland.

Verlag Otto Thiele, Halle-S.
✧ Leipziger Straße 61/62. ✧

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0006

Bank für Handel und Industrie

(Darmstädter Bank).

Bericht über das 66. Geschäftsjahr 1918.

In der ersten Hälfte des Berichtsjahres stand die wirtschaftliche Tätigkeit Deutschlands in erhöhtem Maße weiter und nahezu ausschließlich im Dienst der Befriedigung der Kriegsbedürfnisse, die im wesentlichen durch die gemeinwirtschaftliche Regelung erfolgte, wobei die Privattätigkeit auf ein Mindestmaß beschränkt blieb. Dieser Zustand mit seinen Härten, Unbilligkeiten und deren Folgen wurde trotz aller Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht willig ertragen in der Hoffnung auf einen für das Vaterland günstigen Ausgang des großen Weltringens, eine Hoffnung, die durch die im Osten erzielten, in den Friedensschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest scheinbar bestätigten Erfolge und durch das anfängliche Gelingen der im Westen aufgenommenen Vorwärtsbewegung genährt wurde. Die daran sich knüpfende Erwartung, daß ein nicht mehr ferner allgemeiner Frieden für Deutschlands wirtschaftliche Zukunft günstige Voraussetzungen schaffen dürfte, die Erzielung bedeutender Kriegsgewinne seitens der beteiligten Kreise, die andauernd große, ja noch gesteigerte Geldflüssigkeit, die zeitweilige Besserung unserer Währung im neutralen Ausland, das alles führte zu einem Vertrauen und einer Unternehmungslust, die sich nach Lage der Dinge hauptsächlich in umfangreichen Bewegungen auf dem Wertpapiermarkt betätigte. Hier wurden sowohl festverzinsliche als auch besonders Dividendenpapiere in großem Umfange gehandelt und die guten Aussichten, die letztere zu bieten schienen, in Preissteigerungen von einer Höhe bewertet, die nicht immer bedenkenfrei waren und vielfach zu einer Ueberwertung führten. Das so zu größter Lebhaftigkeit gesteigerte Treiben an den Börsen ließ sich auch durch die dem Verkehr auf die Dauer höchst schädlichen gesetzgeberischen Maßnahmen, insbesondere durch die Erhöhung des Schlußnoten- und Aktienstempels, im Augenblick nur wenig beeinflussen. Dieser Zustand dauerte noch während der ersten zwei Monate des zweiten Halbjahres beinahe unverändert an, als schon das Stocken des Vormarsches und dann der Rückmarsch an der Westfront die Ueberlegenheit der Feinde anzeigten, und erlitt erst ein jähes Ende, als plötzlich das Ausscheiden Bulgariens aus dem Kriege die wahre Lage klarlegte. Ein gewaltiger, fast alle Werte umfassender Kurssturz erfolgte, der sich durch den Verlust des Krieges für Deutschland, die unerträglich harten Waffenstillstandsbedingungen und vor allem durch die innerpolitische Umwälzung weiter verschärfte und sich, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, bis zum Jahresende fortsetzte.

Diesen Hergängen entsprechend erbrachten die ersten zwei Drittel des abgelaufenen Geschäftsjahres recht befriedigende Ergebnisse. Mit der unglücklichen Wendung des Krieges veränderte sich die geschäftliche Tätigkeit sehr erheblich, nur das Zuströmen fremden Geldes, für das kaum noch immer eine einigermaßen nutzbringende Anlage gefunden werden konnte, dauerte trotz des Kriegsverlustes und der revolutionären Vorgänge unverändert an und setzte uns auch im verflossenen Geschäftsjahre dauernd in den Stand, dem Reich, den Bundesstaaten, den kommunalen und Kriegs-Organisationen recht erhebliche Summen zur Verfügung zu stellen und die berechtigten Kreditansprüche unserer Kundschaft voll zu befriedigen. Ebenso konnte die Bank sich an den beiden im Jahre 1918 aufgelegten Kriegsanleihen mit großen Zeichnungen beteiligen. Die Bemühungen der Reichsbankverwaltung, der im Herbst in sehr erheblichem Umfange einsetzenden verwerflichen Verbergung von Zahlungsmitteln entgegenzutreten, haben wir lebhaft unterstützt. Wir hielten es auch für unsere Pflicht, im Verein mit anderen Berliner Bankkreisen an der Berliner Börse durch geeignete Wertpapierkäufe dem haltlosen Entwertungsprozeß entgegenzutreten. Eine nicht unerhebliche und durch die Ausführungsbestimmungen besonders unangenehm empfundene Belastung erfuhr unsere Bank mit dem gesamten Bankgewerbe durch die neuen gesetzlichen Vorschriften über die Geldumsatzsteuer.

Das Roherträgnis des abgelaufenen Jahres übertrifft dasjenige des Geschäftsjahres 1917 um rund 7 Millionen Mark. Der Reingewinn wird jedoch ungünstig beeinflußt durch die enorme Erhöhung der Unkosten und Steuern, welche zwar zu einem gewissen Teile durch die starke Preissteigerung für alle Materialien und Utensilien sowie durch die Vermehrung der Zahl unserer Niederlassungen bedingt ist, in der Hauptsache aber auf der Fortdauer der schon in den letzten Jahresberichten geschilderten Schwierigkeiten in den Personalverhältnissen beruht. Nach wie vor blieb die Bank fast das ganze Jahr hindurch gleichzeitig belastet mit einem erheblichen Teil der Bezüge der Kriegsteilnehmer und der sich stetig erhöhenden Entlohnung für deren Stellvertreter. Dies verschob sich gegen das Jahresende weiter ungünstig, als die Kriegsteilnehmer zurückkehrhten und nicht nur in den Genuß der früheren, sondern erhöhter Einkommen traten, während die für sie angenommenen Hilfskräfte nicht entlassen werden konnten. Die Teuerung aller zum Leben notwendigen Dinge verschärfte sich weiter und machte nicht nur die Fortgewährung, sondern auch eine Erhöhung der bereits bewilligten Teuerungszulagen erforderlich. Und schließlich traten gegen Schluß des Jahres die Angestellten mit sehr beträchtlichen Forderungen hinsichtlich einmaliger und dauernder Gewährung erhöhter Entlohnung hervor, die als eine um so schwerere Belastung der Bank zu erachten waren, als gleichzeitig eine erhebliche Verminderung der Arbeitszeit gefordert wurde. Die Verhandlungen über eine angemessene Regelung dauern zurzeit noch an; nachdem ein Ausstand der Groß-Berliner Beamten der hiesigen Aktienbanken durch Schiedsspruch beendet ist, werden demnächst die Verhandlungen über einen Normaltarifvertrag beginnen. Die von uns gewährte teilweise Befriedigung dieser Ansprüche hat bereits im verflossenen Geschäftsjahre zu der Erhöhung der Unkosten in bedeutendem Maße beigetragen. Die volle Wirkung wird naturgemäß erst im laufenden Geschäftsjahr sichtbar werden. Die Handlungsunkosten (ausschließlich der Tantiemen) und Steuern betrugen im Jahre 1917 bei uns etwa 136% der Provisionseinnahmen, ein Satz, der im Vergleich zu den Jahren vor dem Kriege bereits eine bedeutende Verschlechterung ergab; im Jahre 1918 ist dieses Verhältnis auf 182% gestiegen. Wir können nicht verhehlen, daß uns das stete Anwachsen der Unkosten mit ernster Sorge erfüllt, zumal die ungünstige Lage der Industrie, das Darniederliegen von Handel und Gewerbe und die Unklarheit der außer- und innerpolitischen Verhältnisse vorläufig zu keinen erfreulichen Ausblicken für die nähere Zukunft berechtigen. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Angestelltenschaft der deutschen Banken gesunden kaufmännischen Geist bewahren wird, um den Bogen nicht zu überspannen.

Die von uns in Vorschlag gebrachte Dividende von 6% erfordert für die Ausschüttung an die Aktionäre einen Betrag von **M 9 600 000**, von welchen etwa **M 1 100 000 als im Vorjahr gestellte**, nicht mehr benötigte Rückstellung für Kriegssteuer dem Vortrag entnommen werden. Der aus dem Gewinn des laufenden Geschäfts des Jahres 1918 fließende Restbetrag entspricht knapp 30% der Handlungsunkosten und Steuern.

Unsere Bilanz zeigt den andauernden Zustrom fremder Gelder und einen erhöhten Flüssigkeitsstand. Die Akzeptverbindlichkeiten sind noch weiter zurückgegangen, während wir unser Aval im Interesse der Wareneinfuhr in erhöhtem Maße zur Verfügung stellten, und die in ausländischer Währung gewährten Bürgschaften zu den ungünstiger gewordenen Wechselkursen umzurechnen hatten. Das Konoto „Bankgebäude" ist weiter gestiegen, u. a. durch den Ankauf gut gelegener Grundstücke in Düsseldorf, Hirschberg und Trier. Die unter „Sonstige Immobilien" verbuchten Häuser in Breslau, Darmstadt und Glatz konnten wir zu Anfang des neuen Geschäftsjahres zu befriedigenden Preisen verkaufen. Die Ziffern unserer Filiale Straßburg und unserer neuen Niederlassung in Kehl sind in der Bilanz nur mit den Salden enthalten, da wir die Abschlüsse dieser Zweigstellen, mit denen wir übrigens nach langer Unterbrechung seit einiger Zeit wieder korrespondieren können, noch nicht empfangen haben.

Der Ausbau des Netzes unserer Zweiganstalten hat im verflossenen Jahre weitere Fortschritte gemacht und durch die Eröffnung von Filialen in Braunschweig, Dortmund, Trier und Würzburg, von Niederlassungen in Amberg, Bensheim, Greiz, Heilbronn, Kehl, Passau, Pirmasens, Schweinfurt, Zeitz und einer Stadt-Depositenkasse in München am Ostbahnhof. Im laufenden Jahre sind ihnen gefolgt Filialen in Cöln, Dresden und Fulda, sowie Niederlassungen in Crossen (Oder), Gera (Reuß), Göppingen, Limburg (Lahn) und eine Depositenkasse in Weilburg.

Für unseren Gewinnverteilungsvorschlag ergibt sich folgende Berechnung:

Der Bruttogewinn beläuft sich (einschließlich des Vortrages von M 1 669 835,93 aus dem Jahre 1917) auf		M 43 770 174,23
davon ab:		
a) Geschäfts-Unkosten . . .	M 29 183 935,18	
b) Steuern	„ 2 780 677,87	
c) Abschreibungen auf Immobilien und Mobilien .	„ 987 633,30	
d) Rückstellung für die Talonsteuer	„ 384 000,—	„ 33 336 246,35
		M 10 433 927,88
davon sind zu zahlen die satzungsgemäßen Tantiemen für den Aufsichtsrat (8% der M 3 200 000,— betragenden Superdividende)		„ 256 000.—
verbleibt ein Ueberschuß von		M 10 177 927.88
aus welchem die beantragte Dividende von 6% zu entnehmen ist mit		„ 9 600 000.—
während der Rest von		M 577 927.88

auf neue Rechnung übergeht.

Es würden somit M 60.— auf die Aktien von M 1000.— und M 25,71 auf die Aktien von fl. 150.— zur Verteilung kommen.

Zu einzelnen Posten unserer Bilanz haben wir noch folgende Erläuterungen zu geben:

Grundkapital und Reserven.

Das Grundkapital setzte sich am Anfang des Berichtsjahres 1918 zusammen aus 3843 Stück Aktien à fl. 250.— = nom. M 1 647 000.— und aus 158 353 Stück Aktien à M 1000.— = nom. M 158 353 000.—. Im Jahre 1918 haben Inhaber von alten Guldenaktien von der Befugnis, dieselben in Aktien à M 1000.— umzutauschen, zu einem Betrage von 154 Stück = nom. M 66 000.— Gebrauch gemacht.

Das gesamte Grundkapital bestand sonach Ende 1918 aus:

3 689 Aktien à fl. 250.— . . .	= nom. M	1 581 000.—
158 419 Aktien à M 1000.— . . .	= nom. M	158 419 000.—
	zusammen nom. M	160 000 000.—

Konsortialbeteiligungen.

Von den vor dem Jahre 1918 eingegangenen Geschäften sind unter anderen die folgenden abgewickelt und die darauf bis zum Schluß des Jahres 1918 zur Ausschüttung gelangten Gewinne verrechnet worden:

Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Aktien der Aktien-Gesellschaft für Anilinfabrikation, Aktien der Gebr. Boehler & Co. Aktiengesellschaft, Aktien des Crédit Pétrolifer, Aktien der Engelhardt-Brauerei Aktiengesellschaft, Aktien der Großen Berliner Straßenbahn, Aktien der Hugo Schneider Aktiengesellschaft, Aktien der Stettiner Oderwerke Aktiengesellschaft für Schiff- und Maschinenbau, Aktien der Maschinenfabrik Oberschöneweide Aktiengesellschaft, Aktien der Schlesischen Dampfer Compagnie Aktiengesellschaft & Frankfurter Güter Eisenbahn-Gesellschaft (Fusion), 5% Obligationen der Heldburg Aktiengesellschaft.

Die größeren Finanzoperationen, an denen wir im Jahre 1918 durch Uebernahme oder Beteiligung interessiert waren, sind im wesentlichen die folgenden:

Aktien der Aktiengesellschaft Mix & Genest Telephon und Telegraphenwerke, Aktien der Adlerwerke vorm. Heinrich Kleyer Akt.-Ges., Aktien der Bayerischen Flugzeug-Werke Aktiengesellschaft, Aktien der Deutschen Schiffskreditbank Duisburg, Aktien der Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft vorm. W. Lahmeyer & Co., Aktien der Georges Geiling & Cie. Aktiengesellschaft, Aktien der Gustav Genschow & Co. Aktiengesellschaft, Aktien der Bank- und Wechselstuben Aktiengesellschaft „Mercur", Wien, Aktien der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft Aktiengesellschaft, Aktien der Landshuter Bisquit & Cakesfabrik H. L. Klein, Aktien der Norddeutschen Gummi- und Guttapercha-Waren-Fabrik vorm. Fonrobert & Reimann, Aktien der Oesterreichischen Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Aktien der Ostelbischen Spritwerke Aktiengesellschaft, Aktien der Reiniger, Gebbert & Schall Aktiengeesllschaft, Aktien der Rhein.-Westfäl. Elektrizitätswerk Aktien-Gesellschaft, Aktien der Stralauer Glashütte Aktiengesellschaft, Vorzugsaktien der Rheinischen Aktiengesellschaft für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation, Fusion Deutsche Bierbrauerei Akt.-Ges. Münchener Brauhaus Akt.-Ges., Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien des Eisenhüttenwerks Thale Aktiengesellschaft, 8. und 9. Kriegsanleihe (4½ % Schatzanweisungen und 5 % Reichsanleihe), 5 % Münchener Stadtanleihe, 5 % Leipziger Stadtanleihe.

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen.

Die unter obiger Ueberschrift laufenden Engagements bezifferten sich Ende 1918 auf:

M	8 365 696,90	Aktien von Banken,
„	1 919 180,50	Kommanditistische Beteiligung bei Bankgeschäften
M	10 284 877,40	

Bankgebäude.

Dieses Konto umfaßt unsere Bank-Grundstücke und Gebäude (einschließlich Mobiliar und Einrichtung) in Berlin, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Trier, Bamberg, Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Gießen, Neustadt (Haardt), Quedlinburg, Breslau, Beuthen, Gleiwitz, Görlitz, Hirschberg i. Schl., Kattowitz, Oppeln und Ratibor, welche unter Berücksichtigung der bisherigen und der per 31. Dezember 1918 vorgenommenen Abschreibungen mit

	M 25 447 168,49
abzüglich Hypotheken und Restkaufgelder auf Berlin, Werderscher Markt 2—4, Schinkelplatz 5, Niederlagstraße 4—5, auf Stettin, Mönchenstr. 31, auf Trier, Johann Philippstr. 6, auf Breslau, Ohlauerstr. 85, auf Beuthen und Gleiwitz im Gesamtbetrage von	„ 1 628 000,—
d. h. per Saldo mit	M 23 819 168,49

in der vorliegenden Bilanz erscheinen.

Zweiganstalten.

Unser Institut besitzt neben seinen Hauptsitzen in Berlin und Darmstadt Zweiganstalten in folgenden Städten und zwar:

Filialen in: Augsburg, Braunschweig, Breslau, Cöln, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Fulda, Halle (Saale), Hamburg, Hannover, Leipzig, Mainz, Mannheim, München, Nürnberg, Stettin, Straßburg i. Elſ., Stuttgart, Trier, Wiesbaden, Würzburg.

Niederlassungen in: Amberg, Aschaffenburg, Bamberg, Bensheim, Beuthen O.-S., Bingen a. Rh., Cottbus, Crossen (Oder), Cuxhaven, Forst (Lausitz), Frankfurt a. O., Freiburg (Breisgau), Fürth (Bayern), Gera (Reuß), Gießen, Glatz, Gleiwitz, Göppingen, Görlitz, Greiz, Guben, Heilbronn, Hindenburg, Hirschberg (Schlesien), Jauer, Kattowitz, Kehl, Landau (Pfalz), Loebschütz, Limburg (Lahn), Neustadt (Haardt), Neustadt O.-S., Offenbach a. M., Oppeln, Passau, Pirmasens, Pforzheim, Quedlinburg, Ratibor, Rybnik, Schweinfurt, Zeitz.

Depositenkassen in: Berlin und Vororten (30), Biebrich a. Rh., Breslau (7), Darmstadt (1), Dresden (1 Zweigstelle), Frankfurt a. M. (4), Greifswald, Hannover (1), Kreuzburg O.-S., Lauban, Leipzig (6), Ludwigshafen a. Rh., Michelstadt i. O., München (3), Myslowitz, Prenzlau, Senftenberg, Sorau N.-L., Spremberg-L., Stargard i. P., Stettin (1), Stuttgart (1), Weilburg.

Agenturen in: Alsfeld (Oberhessen), Butzbach, Herborn, Pasewalk, Sangerhausen.

Der Vorstand.

Durch die von uns bestellte Kommission ist die in den Anlagen dieses Berichts wiedergegebene Bilanz sowie die Gewinn- und Verlust-Rechnung eingehend geprüft worden; wir finden dagegen nichts zu erinnern und erklären uns mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes, dem wir nichts hinzuzufügen haben, in allen Teilen einverstanden.

Der Aufsichtsrat.

Bekanntmachung

über die Durchführung der Anbau- und Ernteflächenerhebung im Mai 1919.

1. Gemäß **Reichsverordnung** vom **2. März 1919** ist in der Zeit vom 5. bis 31. **Mai eine Anbau- und Ernteflächenerhebung** vorzunehmen.

2. Die Aufnahme **dient der Feststellung der Anbau- und Ernteflächen beim feldmäßigen Anbau** folgender Getreidearten, Fruchtsorten, Pflanzenarten und sonstigen Gewächse: **Weizen** (Winter- und Sommerfrucht), **Spelz-Dinkel, Fesen, Emer und Einkorn** (Winter- und Sommerfrucht), **Roggen** (Winter- und Sommerfrucht), **Gerste** (Winter- und Sommerfrucht), **Gemenge** aus den vorstehenden Getreidearten, **Hafer, Gemenge aus Getreide** aller Art mit Hafer, **sonstigen Getreidearten** (Buchweizen, Hirse), **Hülsenfrüchte zur Körnergewinnung** (Erbsen und Peluschken), Speisebohnen (Stangen-, Buschbohnen), Linsen und Wicken, Ackerbohnen (Sau-, Pferdebohnen), Lupinen, Gemenge aus Hülsenfrüchten aller Art, **Gemenge aus Hülsenfrüchten aller Art und Getreide**; zur Grünfuttergewinnung (Hülsenfrüchte aller Art, rein oder im **Gemenge untereinander oder mit Getreide**), auch Lupinen zum **Unterpflügen**, **Oelfrüchte** (Raps und Rübsen), ferner alle übrigen Oelfrüchte (Mohn, Leindotter, Sonnenblumen und andere), **Gespinstpflanzen** (Flachs, Lein), alle übrigen Gespinstpflanzen (**Hanf, Nessel und andere**), **Kartoffeln** (Früh- und Spätkartoffeln), **Rüben und Wurzelfrüchte** (nicht zur Samengewinnung), **Zuckerrüben, Runkel-(Futter-)Rüben, Kohlrüben** (Steckrüben, Bodenkohlrabi, Wruken, Dotschen), **Mohrrüben, Möhren, Karotten; Gemüse: Weißkohl, alle sonstigen Kohlarten**, Zwiebeln, alle sonstigen Gemüsearten (**Spargel**, Topinamburs, Schwarzwurzeln, Mairüben, Rote Rüben, Sellerie, **Gurken** und andere einschl. Hülsenfrüchte **als Frischgemüse**), **Futterpflanzen** zur Grünfutter- und Heugewinnung, **Klee aller** Art, auch mit Beimischung von Gräsern, Luzerne, alle sonstigen **Futterpflanzen** (Serradella als **Hauptfrucht**, Esparsette, **Mais und andere**), auch in Mischung, sonstige Gewächse **aller** Art (Handelsgewächse, Grassämereien, Rüben zur Samengewinnung, Körnermais, Hopfen, Korbweiden, Tabak, Zichorien und andere) sowie die **Bewässerungs- und anderen Wiesen**, die gesamten bestellten und richtbestellten Ackerflächen und die Weideflächen.

3. Zur **Durchführung der Erhebung im Stadtkreis Halle** wird folgendes bestimmt:

a) Die **landwirtschaftlichen Betriebe** erhalten besondere **Fragebogen**, welche im **Stadtvermessungsamt, Wagegebäude** (Marktplatz 24), Zimmer 31 abzuholen, **genau auszufüllen und bis 20. Mai** an das Stadtvermessungsamt zurückzugeben sind.

b) **Die Verpächter von Land** und alle, welche sonst Land zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Nutznießung als Dienstland, **Deputatland**, Altenteil oder in irgend einer anderen Form abgegeben haben, sind verpflichtet, bis **zum 15. Mai dem oben genannten Vermessungsamt** schriftlich oder mündlich die Namen der Pächter, Nutznießer usw. sowie die Größe der einem jeden **derselben verpachteten oder zur Nutznießung** abgegebenen Fläche anzuzeigen. Wer eine zusammenhängende Fläche in kleinen Parzellen an verschiedene Personen zur gartenmäßigen Nutzung für ihren eigenen Haushalt (Schrebergärten, Laubenkolonien und dergl.) **verpachtet** hat, braucht die einzelnen Namen der Pächter nicht anzugeben. Es genügt in diesem Falle die Angabe der Gesamtfläche **des so abgegebenen** Landes und die Zahl der Pächter.

c) Die Inhaber von **Haus- und Schrebergärten** sind verpflichtet, **Größe der bebauten Fläche und Art des Saatgutes** dem Statistischen Amt **ebenfalls bis 20. Mai anzuzeigen.**

4. Alle Grundstückseigentümer, **Bewirtschafter** und ihre **Stellvertreter** sind nach der Reichsverordnung gemäß vorstehender Ziffer 1 **verpflichtet**, den mit **der Erhebung beauftragten Personen** zu gestatten, daß sie zur Ermittelung **richtiger Angaben ihre Grundstücke betreten** und **Messungen vornehmen.** Auch haben sie diesen Personen **auf Verlangen Einsicht in ihre** Geschäftsbücher, Flurkarten und sonstigen Unterlagen zu gewähren.

5. Wer vorsätzlich die Angaben, zu denen er auf Grund der aufgeführten Reichsverordnung verpflichtet ist, nicht oder wissentlich unrichtig oder unvollständig macht, oder sich den oben unter Ziffer 3 **erwähnten Anordnungen widersetzt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder** mit einer dieser Strafen bestraft. Wer fahrlässig keine oder unrichtige oder unvollständige Angaben **macht, wird mit Geldstrafe** bis zu 3000 Mark bestraft.

6. Bei **der großen Wichtigkeit dieser Aufnahme**, die auch in diesem Jahre wieder **die Grundlage der gesamten deutschen Nahrungsmittelwirtschaft** bildet, **wird erwartet**, daß **ihre Durchführung sich ohne Schwierigkeiten vollzieht.**

Halle, den 30. April 1919. **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0007

Einkoch-Gläser Marke **Weck** und **Schiller** in allen Grössen empfiehlt zu billigen Preisen **Louis Böker,** Leipzigerstr. 7.

Stellen-Angebote

Stenotypistin,

die in der Lage ist, Telefongespräche aufzunehmen und auf Schreibmaschine fehlerfrei zu übertragen, wird von unserer Zeitung zu sofortigem Antritt gesucht. In Betracht kommen nur Bewerberinnen, welche durchaus flott stenographieren und Schreibmaschine schreiben.

Hallesche Zeitung,
Landeszeitung für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen.

Suche zum 15. Mai oder 1. Juni

tüchtige Köchin,

erfahren im Kochen, Backen, Einmachen und in der Geflügelzucht, für kleinen Landhaushalt in Thüringen. Zeugnisse, Bild, Gehaltsanspr. an **Freifrau Heinrich v. Werthern, Ilsenburg a. Harz.**

Suche zu sofort

junges Mädchen

zur Unterstützung in mittlerer Landwirtschaft, am liebsten Landwirtstochter, welche im Kochen, Federvieh u. Melken schon etwas Erfahrung besitzt. Familienanschluß wird gern gewährt. Angeb. u. **Z. 1505** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Lohnender Nebenverdienst, auch für Kriegsinvaliden passend. Rudolf Schmorrde Buchdruckerei **Bernstadt** in Sachsen.

Mehrere
Postillone
für den einsp. Paketbestelldienst **gesucht.**
Posthalterei Halle, Streiberstraße 19/20.

Jung. ehrl., kinderl.
Dienstmädchen
z. 1. 6. gesucht.
Frau Kaufmann **Krebs**, Gr. Klausstraße 10.

Dienstmädchen erhält, wer die Unstrut-Zeitung, Laucha, z. Insertion benutzt.

Berufslandwirt sucht zum 1. Juli, evtl. früher **dauernde Stellung** als
Gutsinspektor oder Rechnungsführer,
selbständ. od. unter Oberleitg. 30 J., ev., unverh., guter Acker- u. Viehwirt, mit allen landw. Arb. u. Maschinen sowie Buchführg., Kassenwesen, Korresp., Guts- u. Amtsvorstehergesch. vertraut. Gute Zeugn. vorh. Gefl. Offerten u. **Z. 1499** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Jg. Kellner,
18 Jahre alt, sucht sof. Stellung. Off. erbeten an
H. Lorenz in Cattau bei Löbejün.

Suche für Landwirtssohn, 18 J. alt, im Besitz d. Einj.-Zeugn., passende landwirtsch.
Lehrstelle
a. Rittergut v. 500—1000 Mg. bei Familienanschluß. Gefl. Off. erbitte an **R. Klemm, Weimar,** Lassenstr. 6 I.

Stellen-Gesuche

Inspektorstelle-Gesuch.
Bin 30 J. alt, Landw., Sachse, ev. luth., 7 J. in Stellung, vorm Krieg Inspektorstelle innegehabt, da kriegsbesch., mußte Verwalterst. annehm. Bin noch in ungek. Stellg. Antritt zum 1. 6. oder 1. 7. Werte Off. unt. **Z. 1507** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Geb. junges Mädchen,
23 Jahre alt, Landwirtstochter, möchte sich auf größerem Gute in allen Zweigen eines Gutshaush. ausbilden. Vollst. Fam.-Anschl. Beding. Angebote mit Angabe des Pensionspr. unter **L. B.** an die **„Kyffhäuser-Zeitung“, Sangerhausen.**

Junger, strebs. **Landwirt,** 20 J. alt, prakt. u. theoret. ausgeb., jetzt vom Militär entl., **sucht sof. Stellg.** als
Verwalter
auf größ. Gute. G. Zeugn. vorhanden. Angebote bitte zu richten unt. **Z. 1508** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Junges, besseres
Mädchen,
welches 1½ Jahr in der Apotheke als Defektrise (Abfasserin) beschäftigt war, sucht zum 1. Juli annehmbare Stellung im Geschäft, evtl. Apotheke, bei freier Station. Gefl. Offerten an
H. Siebert, Helmstedt, Apotheke, erbeten.

Getreide-Kaufmann,

langjähr. Prokurist einer Getreide-, Futter- und Düngemittel-Großhandlung der Prov. Sachsen, Ende Dreißiger, mit reichen Erfahrungen im Gemüsegeschäft und guten persönlichen Beziehungen zur Landkundschaft, will sich verändern. Beteiligung oder Kauf nicht ausgeschlossen. Angebote unter **E. 5. 2377** durch **Haasenstein & Vogler A.-G., Berlin W. 35.**

Verkäufe

Für Gärtnereien ꝛc. passend

An der Straße von Halle nach Büschdorf, nahe der Halleschen Flurgrenze, an der elektrischen Bahn gelegen, ist ein zirka 11½ Morgen großer Ackerplan, gutes Gartenland, preiswert **zu verkaufen.** Offert. unt. **U. M. 8198** an **Rudolf Mosse, Brüderstraße 4,** erbeten.

Gelegenheitskauf.
Ein in schöner, gesunder Wohnlage, n. Mühlweg, gelegenes
Dreifamilienhaus
mit Obst- und Ziergarten ist für 55000 Mark wegzugshalber zu **verkaufen.** I. Etage wird für Käufer frei. Näheres unter **Z. 1512** in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Kümmelpflanzen in Massen und einzeln gibt ab
Zahn, Schnellroda b. Farsdorf a. U.

Freiwillige Versteigerung.
Sonnabend, den 10. d. Mts., vormittags 10 Uhr
versteigere ich Reilstr. 123, Ecke Reil- und Roonstraße (neben der Kaserne) meistbietend gegen Barzahlung einen **großen Posten Möbel, Wirtschaftsgeräte, Porzellan, Weingläser, Tisch- und Küchenwäsche sowie Weinvorräte,** darunter:
1 Klavier (Ebenholz), **1 großes Büffet, 1 Silberschrank, 1 geschnitzter Schrank, 2 große Pfeilerspiegel mit Untersatz, 1 großes Wandbrett, etwa 40 geschnitzte Rohrstühle** (alles in dunkel Eiche), **3 Plüschsofas, 2 Klubsessel, 1 Perser-Teppich** (2½ mal 4 m), **Gardinen, Vorhänge, Gartenmöbel, 1 großer Eisschrank, 1 großer Wärmeschrank, Küchengerät, Tafelgeschirr (Meißener), 800 Flaschen Weißwein, 300 Flaschen Rotwein usw.**
Die Gegenstände sind gebraucht, aber noch sehr gut erhalten.
Besichtigung am Sonnabend von 8 Uhr vormittags an.
Max Knoche, beeidigter Versteigerer, Hermannstraße 5. Telefon 2942.

Fr. Zwickert,
Halle a. S. Delitzscherstr. 9

empfiehlt wieder einen frischen Transport bester
Dänischer und **Holsteiner** Pferde.
Fernspr. 2921.

Wohnhaus
m. 7 Mittelwohnungen, völlig neuzeitl. einger., m. kl. Gart., sofort beziehbarer Wohnung, preisw. zu verk. **G. Rosch, Rathausstraße 13 a.**

Infolge Todesfalles aus Offiziershaushalt verkäuflich: Ein Posten beste
Friedens-Damast-Tischwäsche und Bettwäsche,
von Goschenhofer & Rösicke, Berlin, stammend.
Preis eines großen Tischtuches zirka 150 Mark.
Preis der ganzen Bettgarnitur zirka 250 Mark.
Angebote unter **Z. 1509** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Fertige Schäfte für weiße Schuhe, Damen-Halbschnürschuhschäfte, Leinen mit Glaceeleder gefüttert, Paar 12 M. Größe angeben. **Heimann, Hameln,** Deisterstraße 48.

Handleiterwagen,
2- und 4 räd., kräftig gebaut, verk. Göbenstr. 23 Hof.

Ein Paar
Landrappen
6- und 7jährig, Ostpreußen, ein Paar 4- und 5jährige
Ostpreußen,
einen starken
Russen,
einen schweren
Belgier,
die Pferde sind flott und zugfest und in gutem Futterzustande. Selbige werden unter voller Garantie preiswert verkauft.
W. Töpfer, Berlinerstraße 7.

2 elegante
Jagdwagen,
ein eleganter
Dogcart u. 2 Geschäftswagen
verkauft **Schumann,** Fleischerstraße 7.

Kauf-Gesuche

Gut von etwa 60–80 Morg.
zu kaufen gesucht. Offerten unter **Z. 1515** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Automobil,
gebraucht, jedoch gut erhalten, mit oder ohne Bereifung, zu kaufen gesucht. Ausführliche Angebote mit Angabe des Preises, Marke, Größe, Stärke usw. unter **Z. 1516** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Zu kaufen gesucht:
Glycerin-Ersatz, Poliermasse, Solaröl.
Ahrens & Eckardt, Luckenwalde.

Scharfer, wachsamer
Hofhund
sofort zu kaufen gesucht.
Teutschebein, Rittergut Köckern, Kreis Bitterfeld.

Kaufe
Leucht-Benzin
jedes Quantum.
Kurzhals, Rabeninsel. Fernsprecher 1850.

Alte abgespielte, auch zerbrochene
Grammophonplatten
kauft zu höchsten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig,
Uhren u. Musikwerke, untere Leipzigerstr.

Heirat

Junger Mann, kath., Rheinländer, aus erster Familie, sucht eine junge Dame aus gleichen Kreisen mit Vermögen, am liebsten vom Lande mit Einheirat kennen zu lernen.
Diskretion Ehrensache!
Briefe m. Bild u. **Z. 1513** an d. Geschäftsst. d. Zeitung erb.

Strebs. Landwirt,
Gutsbesitzers-Sohn, 38 J., mit entsprechendem Vermögen, wünscht in kl. oder mittler. Gut einzuheiraten. Kriegswitwe angenehm. Wirklich ernstgem. Offerten mit näheren Angaben der Verhältnisse, wenn möglich mit Bild, bei strengster Verschwiegenheit erbeten unter **Z. 1517** an die Geschäftsstelle der Halleschen Zeitung.

Geldverkehr

Mk. 100 000
„ 60 000
„ 50 000
„ 40 000
„ 25 000
auf Ackerhypothek auch zur zweiten Stelle auszuleihen durch **Julius Cohn & Co.** Bank- u. Immobiliengeschäft, Magdeburgerstraße 56.

Geld verleiht gegen monatl. Rückzahlung diskret **H. Blume, Hamburg 5.**

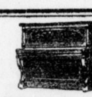
Verschiedenes

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
grosse Auswahl
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Möbelfabrik Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Studienreferendar erteilt Nachhilfe in **Mathematik** und Sprachen. Angeb. u. **Z. 1511** an d. Gesch. d. Ztg.

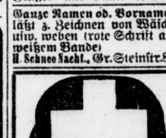
In keiner Küche sollte Handwaschmittel **Eraval** zur Ersparnis von Feinseife fehlen! 1 Stück 20 ₰, 5 Stück 95 ₰.
H. Schnee Nachf., Große Steinstraße 84.

Bohnermasse
preiswerte Friedensqualität, empfiehlt
Hönemann,
:: Parkett-Geschäft, ::
Bauhof 1. Tel. 3631.



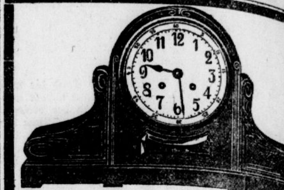
Pianos
in allen Holz- und Stilarten in großer Auswahl.
C. Rich. Ritter,
Flügel- und Piano-Fabrik

Ganze Namen od. Vornamen läßt z. Zeichnen von Wäsche usw. weben (rote Schrift auf weißem Bande)
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.



Gummiwaren-Fachgeschäft und Versandhaus
C. Klappenbach,
Gr. Ulrichstr. 41.

Haltbare, gute
Schuhsenkel
empfiehlt [6819
H. Schnee Nachf., Gr. Steinstr. 84.



Moderne Wand- und Stand-Uhren
für jede Einrichtung passend.
Schreibtisch- und Küchen-Uhren, Jahres-, Kuckuck- und Weck-Uhren, Damen- und Herren-Uhren, Moderne Armband-Uhren
in Gold-Doublé, Tula und Gold,
große Auswahl zu soliden Preisen.
Auf jede Uhr leiste ich schriftliche Garantie.
Gustav Uhlig, Uhrmacher, untere Leipziger Straße.

Aufruf

an alle

ehem. Kavalleristen.

Für die berittene 1. Eskadron des
mobilen westfälischen Ulanen-Regiments Nr. 5
werden sofort **Freiwillige** gesucht.

Bedingungen:

1. Der Freiwillige muß mindestens 6 Monate in einem berittenen Truppenteile gedient haben, felddienstfähig und moralisch einwandfrei sein.
2. Beiderseitige 4wöchentliche Kündigung.
3. Unterordnung unter die Vorgesetzten.
4. Mobile Gebührnisse und 5.— Mark tägliche Zulage, Verpflegung und Unterkunft frei, Versorgung und Familien-Unterstützung nach den Kriegsgesetzen.
5. Für Ausreise zum Truppenteil wollen sich die Freiwilligen zwecks Ausweis für die Fahrt an das zuständige Bezirkskommando wenden.

Westfäl. Ulanen-Regt. Nr. 5
des
Garde-Kav.-Schützen-Korps
Gut Schönerlinde bei Berlin.

Schweizer Stumpen
Marke Asta, Alpensport, Flora } M. 460.— ‰
offeriert freibleibend
Max Richter, Gera R., Friederizistr.

Gebrauchte Klaviere
und Flügel zu Höchstpreisen gesucht.
— Verkäufer spart Luxussteuer. —
B. Döll,
Klavierhandlung, Gr. Ulrichstr. 33/34.

Pflanzen-Angebot.
Mitte bis Ende Mai liefere Früh- u. Spät-Weißkohl-Pflanzen (Dithm., Ruhm, Amager, Braunschweiger) ‰ 12 Mk., desgl. Majoran- u. Blumenkohl-Pflanzen. Kann Körbe und Packmaterial stellen. Kaufe auch ...
Karl Ahnert, Großhandlg., Burgstädt i. S., Chemnitzerstraße 40.

Wratzke u. Steiger, Hoflieferanten, Poststr. 9/10
Juwelen — Gold — Silber.

Jena Pfeiffer'sches Institut. Gegr. 1... Reformschule mit Schülerheim. Einjährigen-Kurs. **Handelsabteilung** Oberrealschule. Sorgfält. Ueberwachg. u. Förderung. Kleine Klassen. Gewissenh. Kontr. d. Hausarb. u. grdl. Nachhilfe. Neubau, prächt. Höhenlage. Sport- u. Spielpl. Reichl. Verpfl. ...

Ernstgem. Gesuch.
Braumeister, Witwer, 32 Jahre alt, rüstig, alleinstehend, in bevorzugter Stellung, möchte sich mit nicht zu junger heiterer Dame (evtl. Witwe) aus bürgerl. oder ländl. Kreisen wieder glücklich **verheiraten.** Absolute Verschwiegenheit zugesichert. Briefe, denen möglichst Bild beigefügt werden möge, das sofort zurückgeschickt wird, befördert die Geschäftsstelle d. Ztg. unter **Z. 1510.**

Bankhaus Paul Schausell & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg. An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen, Verzinsung von Geldeinlagen, Conto-Corrent- und Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191905092-13/fragment/page=0008